

Sozialarchiv Info



1/2025

Schweizerisches

Sozialarchiv



Bibliothek, Archiv, Dokumentation

Das Schweizerische Sozialarchiv vereint eine Bibliothek, ein Archiv und eine Dokumentation unter einem Dach. Sie finden bei uns Dokumente zu allen relevanten Gesellschaftsfragen.

Thematische Schwerpunkte betreffen Arbeit, Migration und Politik, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, das Verhältnis der Generationen, Geschlechter und Kulturen, politische Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen sowie den öffentlichen Diskurs zu politischen und gesellschaftlichen Fragen in der Schweiz seit dem 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart.

Im Sozialarchiv finden Sie dazu internationale Forschungsliteratur in Form von Büchern und wissenschaftlichen Zeitschriften, aber auch graue Literatur aus der Schweiz in Form von Broschüren, Flugblättern und zivilgesellschaftlichen Zeitschriften. Über 900 Körperschaftsarchive und Nachlässe aus der Schweiz bergen reichhaltige Primärquellen. Audiovisuelle Dokumente (Fotografien, Drucke, Videos, Filme, Tondokumente, Pins, Kleber, Objekte etc.) ermöglichen einen erweiterten medialen Zugang zu historischen Themen.

Das Sozialarchiv stellt sämtliche Dokumente möglichst niederschwellig zur Verfügung. Nutzung vor Ort und Ausleihe sind grundsätzlich kostenlos [exkl. spezielle Services].

Öffnungszeiten

Lesesaal

Montag bis Freitag 8–19.30 Uhr, Samstag 9–16 Uhr

Ausleihe und Information

Montag bis Freitag 9–19.30 Uhr, Samstag 11–16 Uhr

Adresse

Schweizerisches Sozialarchiv
Stadelhoferstrasse 12
8001 Zürich

Verwaltung: +41 (0)43 268 87 40
Ausleihschalter: +41 (0)43 268 87 50

kontakt@sozialarchiv.ch
sozialarchiv.ch



ISSN 2673-9542

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Editorial | 4 |
| Veranstaltungen | 5 |
| Forschung Ellen Rifkin Hill: Neue Projekte | 6 |
| Buchempfehlungen der Bibliothek | 7 |
| Neu in der Datenbank Bild + Ton | 11 |
| Erschlossene Neuzugänge in der Abteilung Archiv | 14 |
| Vor 120 Jahren: Revolution im Zarenreich | 15 |

Editorial

Bei der warm angezogenen Dame auf dem Cover handelt es sich um die russische Ärztin und Sozialrevolutionärin Lidija Kočetkova. Sie hatte 1895 bis 1899 in der Schweiz Medizin studiert und war 1901 bis 1916 mit dem Zürcher Arbeiterarzt Fritz Brupbacher verheiratet, dessen Nachlass sich im Sozialarchiv befindet (SozArch Ar 101). Wie der Beitrag von Christian Koller detailreich aufzeigt, waren die Bezüge der Schweiz zur Revolution im Zarenreich von 1905ff. vielfältig. Die damalige Streikwelle in der Schweiz hatte eine Entsprechung im zaristischen Russland und auch personell gab es einen regen Austausch zwischen der Schweiz und der eurasischen Imperialmacht. Rund 8'000 Schweizer Fachkräfte lebten damals in Russland und waren als Käser:innen, Erzieher:innen, Kaufleute und Industrielle tätig. Viele dieser Russlandschweizer:innen erlebten die revolutionären Unruhen von 1905 bis 1907 hautnah mit. Umgekehrt gab es auch einen Braindrain in die Schweiz: Politisch Verfolgte, Revolutionär:innen, Ostjuden, Student:innen und Naturwissenschaftler:innen bildeten eine lebhaftes Exil-Community.

Stefan Länzlinger stellt Ihnen die neusten audiovisuellen Bestände vor, darunter eindruckliche Scherenschnitte, und veranschaulicht mit einer Episode aus seinem Arbeitsalltag, wo die Grenzen von Big Tech liegen.

In unseren Buchempfehlungen schauen wir diesmal auf einen legendären Zürcher Kiosk, auf eine unmögliche schweizerische Liebe, auf delikate ausländische Geheimdienstaktivitäten in der Schweiz, auf wegweisende eidgenössische Urnengänge und auf die EU- und Schweizer Migrationspolitik.

Acht neuen Forschungsprojekten konnte die Forschungskommission des Fonds «Ellen Riffkin Hill» für die Förderperiode 2025–27 Förderbeiträge zusprechen. Die Forschungsvorhaben decken einen breiten Querschnitt der Themenschwerpunkte des Sozialarchivs ab.

Dies gilt auch für unsere kommenden Veranstaltungen, zu denen wir Sie wie immer sehr herzlich einladen!

Ihr Sozialarchiv-Team

Veranstaltungen

Montag, 14. April 2025, 18.30 Uhr,
Schweizerisches Sozialarchiv, Medienraum

Arbeit im Wandel | Travail en mutation – Technische Umbrüche, soziale Konflikte und geopolitische Herausforderungen

Buchvernissage mit den Herausgeber:innen Monika Dommann, Juan Flores Zendejas, Kristina Schulz und Simon Teuscher

Donnerstag, 22. Mai 2025, 18.30 Uhr,
Schweizerisches Sozialarchiv, Medienraum

**Solange es noch Tag ist –
Walter Trösch: Verleger, Sozialist
und Pazifist**

Lesung mit der Autorin Mara Meier und einem historischen Input von Christian Koller (Schweizerisches Sozialarchiv)

Donnerstag, 5. Juni 2025, 18.30 Uhr,
Schweizerisches Sozialarchiv, Medienraum

Frauenkino XENIA

Buchpräsentation mit Doris Senn

Donnerstag, 18. September 2025, 18 Uhr,
Schweizerisches Sozialarchiv, Medienraum

**Der Uhrmacher des Zaren. Der
Lebensroman des Industriepioniers
Heinrich Moser und seiner Kinder
Henri und Mentona**

Lesung mit dem Autor Roger Nicholas Balsiger

→ Bitte vormerken: Die Jahresversammlung 2025 findet am 25. Juni ab 18 Uhr im Theater Stadelhofen statt.

Forschung Ellen Rifkin Hill: Neue Projekte

Durch eine Schenkung der 1999 verstorbenen Soziologin Ellen Rifkin Hill stehen dem Schweizerischen Sozialarchiv Forschungsmittel für die Finanzierung von historischen, sozial- und kulturwissenschaftlichen Projekten zur Verfügung, die in einem engen Bezug zu den Quellenbeständen und Themenschwerpunkten des Sozialarchivs stehen. Im Herbst 2024 konnte die Forschungskommission des Fonds «Ellen Rifkin Hill», gestützt auch auf Gutachten externer Expert:innen, acht neuen Projekten Förderbeiträge zusprechen. Die bewilligten Projekte der Förderperiode 2025 bis 2027 decken einen breiten Querschnitt der Themenschwerpunkte des Schweizerischen Sozialarchivs ab:

- Christoph Arioli (Universität Luzern): Widerstand und Aufbau. Eine Sozialbiografie Herman Greulichs (1842–1925) (Promotionsprojekt)
- Andreas Fasel (Université Concordia, Montréal): Fabrikschluss – die Deindustrialisierung der Schweiz als umkämpfter Prozess (1975–95)
- Monika Gister (Unternehmen Geschichte & ETH Zürich): Solarenergie in der Schweiz – Akteure, Rahmenbedingungen, Entwicklungen
- Geoffroy Legentilhomme (Universität Zürich): «Jungvolk am Werk!». Promotion de la jeunesse et identité professionnelle dans le monde des employés de commerce en Suisse (1927–1970)
- Alfredo Mignini (Archives contestataires, Carouge): «Dans un élan de générosité

irréléchie»? Les Italiens en Suisse et les espoirs révolutionnaires de 1898

- Rosa Öfinger (Universität Basel): Schweizer Kommunist:innen und ihre transnationalen Netzwerke im Rahmen der Kommunistischen Jugendinternationale in der Zwischenkriegszeit (Promotionsprojekt)
- Aurelia Sophie Rohrmann (Université de Fribourg): Antifeminismus und Nativismus. Das transnationale Denken der Neuen Rechten in Deutschland und der Schweiz von 1970 bis 2000 (Promotionsprojekt)
- Julian Stoffel (Universität Basel): In der Gruppe die Welt verändern. Projekte emanzipativer Kollektivität im feministischen, jugendautonomen und alternativen Milieu der Deutschschweiz nach 1968 (Promotionsprojekt)

Das Gesamtverzeichnis der aus der Forschungsförderung des Fonds «Ellen Rifkin Hill» hervorgegangenen Veröffentlichungen kann auf der Website des Sozialarchivs abgerufen werden (www.sozialarchiv.ch/wp-content/uploads/fileadmin/user_upload/Sozialarchiv/Dokumente/PDFs/Publikationen/Publikationen-Ellen-Rifkin-Hill.pdf).

Christian Koller

Buchempfehlungen der Bibliothek

An dieser Stelle empfehlen Ihnen Mitarbeitende des Sozialarchivs jeweils ein paar ausgewählte Titel aus dem vielfältigen und reichhaltigen Bestand der Bibliothek des Sozialarchivs. Im Fokus stehen Buch-Neuerscheinungen, es kann aber auch einmal eine spezielle Zeitschrift sein oder ein Klassiker, den wieder zur Hand zu nehmen sich lohnt.

Die vollständige Zuwachsliste mit den Neuerwerbungen der Abteilung Bibliothek ist auf unserer Website abrufbar: www.sozialarchiv.ch/bibliothek/bestaende/zuwachsliste. Dort können die Bücher via swisscovery auch gleich bestellt werden.

Wenn Sie einen Titel aus dem Sammelgebiet des Sozialarchivs in unseren Beständen vermissen, können Sie ihn uns zur Anschaffung vorschlagen (www.sozialarchiv.ch/bibliothek/benutzung/anschaffungsvorschlag). Wir werden Ihren Vorschlag prüfen und Ihnen dann mitteilen, ob wir den Titel anschaffen.

**Joe Bürli: Der Bub hat nichts
Italienisches an sich. Zürich, 2024**
(Signatur 153548)

Joe Bürli ist der Besitzer des Kiosks Quellenstrasse in Zürich. In seiner Autobiografie erzählt er seine berührende Geschichte.

Als unehelicher Sohn einer Italienerin und eines Schweizers 1962 geboren, verbringt er die ersten vier Jahre seines Lebens in Kinderheimen. Danach lebt er einige Jahre im Luzernischen bei seinen Grosseltern, die sich liebevoll um ihn kümmern. Als sein Vater heiratet, holt er den inzwischen neunjährigen Josefli zu sich. Das Verhältnis zur Stiefmutter ist für den Jungen schwierig, sie verweigert ihm jegliche Zuneigung. Später kommt er zu einer Pflegefamilie nach Olten. Mit 19 Jahren will er eigentlich nach seiner leiblichen Mutter suchen, doch erst als Joe 35 Jahre alt ist und in Zürich lebt, lernt er seine Mutter und seine zwei Halbschwestern kennen. Die Begegnung mit seiner italienischen Familie ist nicht nur einfach.

Das Buch ist auch eine Geschichte über die 1970er/80er Jahre in Zürich: über die unbeschwerte Zeit in der Schwulenszene vor Aids, über Musik, Partys und Plattenläden. Über Joes Arbeit als Tierpfleger, in einem CD-Vertrieb oder in der Gastrobranche. Mitte der 1990er Jahre wird Bürli Geschäftsführer des Kiosks Quellenstrasse, seit 2007 ist er dessen glücklicher Besitzer. Der Kiosk ist Treffpunkt und Tante-Emma-Laden in einem. Er führt ein breites Angebot an Zeitungen, Zeitschriften, Heftli, Tabakwaren, Getränken, Snacks, Sandwiches und sogar im Quartier hergestellten Ravioli. Die Schaufenster sind legendär, er gestaltet sie oft zusammen mit Kunstschaffenden.



Schaufensterdekorationen des Kiosks Quellenstrasse (Abbildungen aus dem Buch)

> In «Kiosk. Ein Kaleidoskop» (Gr 15895) über Kioske in Zürich, herausgegeben von der Plattform Kulturpublizistik der Zürcher Hochschule der Künste, kommt auch der Kiosk Quellenstrasse vor.

Ute Lichtenauer

Anneli Furmark: Roter Winter.
Berlin, 2024
 (Signatur 153565)

Anneli Furmarks Graphic Novel beginnt mit einem heimlichen Treffen eines Liebespaares im Schneegestöber einer nordschwedischen Industriestadt. Es handelt sich um eine geheime Liebe. Der Grund für die Heimlichkeit liegt nicht primär im Altersunterschied der Liebenden. Auch nicht darin, dass ein Partner verheiratet ist und drei Kinder hat. Der schwerwiegendste Grund ist, dass die Verliebten unterschiedlichen ideologischen Lagern angehören. Siv ist Sozialdemokratin, Ulrik

ist Maoist. Die Kluft zwischen diesen beiden Lagern scheint im Schweden der ausgehenden 1970er Jahre unüberwindbar.

Die vier Jahrzehnte währende Vormachtstellung der Sozialdemokratie ist zu Ende. Die linken Parteien radikalisieren sich als Reaktion darauf zunehmend, das linke politische Lager zersplittert in Fraktionen, die sich teilweise spinnefeind sind und einander misstrauisch gegenüberstehen. Sivs und Ulriks Zugehörigkeit zu unterschiedlichen politischen Lagern ist in dieser gesellschaftlichen Atmosphäre für ihre Umgebung weit weniger annehmbar als dass das Outing ihrer Liebe zum Zerbrechen einer Ehe führen würde. Wie sich diese Polarisierung unaufhaltsam auf das Liebespaar auswirkt, zeichnet Furmark in düsteren Bildern nach und vermittelt uns die melancholische Stimmung eines Winters nahe dem Polarkreis so, dass sie sich uns visuell einprägt und nachdenklich zurücklässt.

Emina Konjalić

Thomas Knellwolf: Enttarnt.
Die grössten Schweizer Spionagefälle.
Lachen, 2024
 (Signatur 153291)

Im Kalten Krieg war die Schweiz ein Hotspot von Geheimdienstaktivitäten. Thomas Knellwolf, Bundeshaus-Korrespondent beim Tages-Anzeiger mit Schwerpunkt Justiz und Nachrichtendienst, zeigt in seinem neuen Buch, dass sich daran nichts geändert hat. Er rekonstruiert sieben Fälle des letzten Vierteljahrhunderts, von einer missglückten Mossad-Operation gegen einen Hisbollah-Aktivisten, bei der sich die von der Berner Kantonspolizei erappten Agent:innen durch vorgetäuschten Dreiersex aus der Falle zu winden

versuchten, über schweizerisch-deutsche Agentenkonfrontationen in der Endphase des Bankgeheimnisses und türkische Geheimdienstaktionen gegen Oppositionelle in der Schweiz bis hin zum «Fall Rössli», als chinesische Agent:innen ein Hotel mit Blick auf den Militärflugplatz Meiringen übernahmen.

Dargestellt wird auch die Rolle Genfs als Operationsbasis des russländischen Militärgeheimdienstes GRU, sei es von Hackerteams, die Cyberattacken auf die Bundesverwaltung, nach Auffliegen des russländischen Staatsdopingprogramms auch gegen das Internationale Olympische Komitee und andere in der Schweiz domizilierte Sportinstitutionen verübten, sei es von Spezialisten für «feuchte» (d.h. blutige) Operationen wie die Annexion der Krim, Destabilisierungskampagnen in Moldawien oder Montenegro oder die Vergiftung des Doppelagenten Sergej Skripal. Knellwolf thematisiert auch die schwache Schweizer Spionageabwehr und lässt offen, ob die Reformen der letzten Jahre eine Stärkung bewirkt haben.

Weitere Literatur zum Thema (Auswahl):

- Robert Dover: Hacker, influencer, faker, spy. Intelligence agencies in the digital age. London 2022, 152141
- Roger Faligot: Les services secrets chinois. De Mao au Covid-19. Paris 2022, 147799
- Jan Helmig: Nachrichtendienste in der Weltgesellschaft. Systemtheoretische Perspektiven. Wiesbaden 2022, 149806
- Rhodri Jeffreys-Jones: A question of standing. The history of the CIA. Oxford 2022, 152196
- Kristie Macrakis: Nothing is beyond our reach. America's techno-spy empire. Washington DC 2023, 152647
- Kevin P. Riehle: The Russian FSB. A concise history of the Federal Security Service. Washington DC 2024, in Erwerbung

- Matthias Uhl: GRU. Die unbekannteste Geschichte des sowjetisch-russischen Militärgeheimdienstes von 1918 bis heute. Freiburg i. Br. 2024, 153487
- Amy B. Zegart: Spies, lies, and algorithms. The history and future of American intelligence. Princeton 2022, 149717

Christian Koller

David Hesse, Philipp Loser:
Heute Abstimmung! 30 Volksentscheide, die die Schweiz verändert haben. Zürich, 2024
(Signatur 153686)

Seit der Gründung des modernen Bundesstaats im Jahr 1848 haben die Stimmberechtigten in der Schweiz mehr als 670 Mal an der Urne über Veränderungen der Nation entschieden – sei es durch ein «Ja», ein «Nein» oder einen leeren Stimmzettel. Lange Zeit waren es jedoch ausschliesslich Männer, die über politische Anliegen mitbestimmen durften. Erst 1971 votierten sie dafür, Frauen den Zugang zu diesem demokratischen Prozess zu gewähren. Und seit 1991 dürfen auch Personen unter 20 Jahren abstimmen, nachdem das Stimmrechtsalter auf 18 Jahre herabgesetzt wurde.

Immer wieder haben Volksentscheide Weichen gestellt. Wir könnten heute in einer Schweiz ohne Armee leben. In einem EU-Staat. In einem Bund von nur 25 Kantonen. In einem Land ohne Frauenstimmrecht. Die Bevölkerung hat dafür gesorgt, dass es anders ist. «Heute Abstimmung» stellt dreissig Urnengänge vor, die bis heute nachwirken und das Land zu dem gemacht haben, das es heute ist. Das Buch ist bebildert mit Originalplakaten aus den Beständen des Sozialarchivs und beleuchtet zugleich die Herausforderungen der



Frauen geben ihre Stimme ab, 1970er Jahre
(Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F 5032-Fb-0125)

direkten Demokratie, denn «Volksabstimmungen sind nicht perfekt».

> In der Sachdokumentation des Sozialarchivs findet sich Material zu fast allen eidgenössischen Abstimmungen seit 1848, abgelegt beim jeweiligen Thema. Die Datenbank Bild + Ton bietet eine grosse Auswahl an digitalisierten Abstimmungsplakaten zum freien Download.

Susanne Brügger

Claude Calame: Déni d'humanité. Le rejet européen des personnes conduites à l'exil. Vulaines sur Seine, 2024
(Signatur 153568)

Im Gegensatz zu den Abteilungen Archiv und Dokumentation erwirbt die Abteilung Bibliothek auch Bücher, die im Ausland publiziert werden, wenn sie zentrale Themen aus unserem Sammelgebiet betreffen. Das Sozialarchiv ist dann oft die einzige Bibliothek im swisscovery-Verbund, die den Titel in ihren Be-

ständen führt. Dies trifft auch auf die rund 60 Seiten dünne Streitschrift von Claude Calame zu. Das Pamphlet des in Lausanne geborenen Altphilologen, Kulturanthropologen und Attac-Aktivisten ist in der Reihe «Carton rouge» der Éditions du Croquant in Frankreich erschienen und zeigt der europäischen Migrationspolitik die «Rote Karte».

Calame prangert das inhumane EU-Grenzregime, das todbringende Agieren von Frontex, die erniedrigende Behandlung und illegalen Pushbacks von Migrant:innen durch Grenzpatrouillen sowie die menschenrechtlich zweifelhaften Migrationsabkommen mit Ländern wie der Türkei oder Libyen an. Die EU-Migrationspolitik, die sich gegen die «irreguläre» Migration, faktisch aber genauso gegen Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention von 1951 richtet, brandmarkt er als utilitaristisch. Eindringlich erinnert er daran, dass die Verweigerung, Migrant:innen als Individuen mit einer sozialen und kulturellen Identität anzuerkennen und ihre Menschenwürde zu achten, auf uns selbst zurückfällt: «Vergessen wir nicht, dass [...] die Rechte von Migrant:innen zu verteidigen [...] auch heisst, die individuellen und sozialen Rechte der ansässigen Bevölkerung zu verteidigen [...]» (S. 47)

> Eine lesenswerte Besprechung von Calames Anklageschrift findet sich auch im «Bulletin» Nr. 4/2024 von Solidarité sans frontières, verfasst von Sophie Guignard, der politischen Sekretärin von Sosp. Das Sosp-«Bulletin» (SozArch D 6396) liefert vierteljährlich fundiertes und aktuelles Hintergrundwissen zur schweizerischen und europäischen Migrationspolitik, zum Asyl- und Ausländerrecht und zu dessen Anwendung und Umsetzung in der Praxis.

Ulrike Schelling

Neu in der Datenbank Bild + Ton

F 5198 Scherenschnitte von Martin Mächler

Die Scherenschnitte von Martin Mächler sind beeindruckende Zeugnisse handwerklichen Könnens. Sie sind derart fein und exakt gearbeitet, dass man sich die aufgeklebten Werke kaum aus ihrem Schutzumschlag zu nehmen traut. Auch in der zweidimensionalen Wiedergabe behalten sie ihre Wirkung. Mächler brachte sich ab den 1970er Jahren autodidaktisch die Kunst des Scherenschnitts bei. Es entstanden Hunderte von Werken, von denen Mächler nun die nach eigenen Aussagen achtzig besten in die Obhut des Sozialarchivs gab.

Mächler beschäftigte sich mit Themen wie Umweltzerstörung, Militarismus, Rassismus oder Bigotterie. Immer wieder setzte er sich bei den Scherenschnitten mit Tagesaktualitäten wie dem Apartheid-Regime in Südafrika, der Militärdiktatur in Chile oder der Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* in Polen auseinander. Innenpolitisch gibt es Werke zum Widerstand gegen die Bespitzelung und Überwachung im Zusammenhang mit der Fichenaffäre oder zum Kampf gegen Atomkraftwerke.

Inspiziert wurde er vor allem von Käthe Kollwitz und Clément Moreau. Künstlerisch und inhaltlich teilt er mit ihnen die Konzentration auf sozialpolitische und zeitkritische Themen, die expressiv und stets mit Parteinahme für

die Schwachen ins Bild gesetzt werden. Ab 1979 stand er in regem Austausch mit Clément Moreau. Er nahm Zeichenunterricht bei ihm und legte ihm seine Werke zur kritischen Begutachtung vor. Die Freundschaft blieb bis zum Tod Moreaus 1988 bestehen.



«Noch ist Polen nicht verloren»
(Scherenschnitt: Martin Mächler/
SozArch F 5198-Za-0005)

F 5186 Pressefotos von Max Messerli

Der Zürcher Fotograf Max Messerli erlangte wegen eines Bundesgerichtsurteils eine gewisse Bekanntheit. Noch unter dem Regime des mittlerweile alten Urheberrechtsgesetzes befanden die Richter in Lausanne, dass eine seiner Konzertaufnahmen von Bob Marley Werkcharakter besitze und deshalb besonders geschützt sei.



In einer Bar präsentiert die selbsternannte «Bürgerwehr Kreis 5» 1991 ihr Waffenarsenal. Aufgrund der offenen Drogenszene waren verschiedene Quartiere stark von der Beschaffungskriminalität der Süchtigen und der Vertreibungspolitik der Behörden betroffen. (Foto: Max Messerli/SozArch F 5186-Na-033-003)

Die Frage nach dem Werkcharakter von Fotografien war und ist umstritten, dieser ist aber entscheidend für die Frist ihres Urheberrechtsschutzes und damit auch für die Möglichkeiten ihrer Verwendung.

Das Schicksal des Archivs von Messerli ist leider typisch: Nach Beendigung seines Berufslebens suchte Messerli erfolglos Interessenten für seine abertausenden Pressefotos, die er seit den 1970er Jahren gemacht hatte. Der grösste Teil landete im Abfall, ein ganz kleiner Teil im Sozialarchiv.

F 5187 Visuelles Tagebuch von Pamela Ammann

Pamela Ammann studierte Architektur an der ETH Zürich. Mitte der 1970er Jahre war sie in feministischen Aktions- und Theatergruppen aktiv und schrieb für linke Publikationen wie «Tell», «Agitation» oder «Focus». Sie arbeitete als Druckerin in der

Genossenschaft Ropress. Ab den frühen 1980er Jahren kehrte sie beruflich zu ihren Ursprüngen zurück und arbeitete als Raumplanerin bei Metron in Brugg. Ammann war zu dieser Zeit mit dem Filmer Hans-Ulrich Schlumpf liiert, den sie bei dessen Filmprojekten begleitete und unterstützte. Später machte sie sich selbständig.

Ab 1960 führte Pamela Ammann ein visuelles Tagebuch. In ihren Tagebüchern kombinierte sie Fotografien mit eigenen Texten, künstlerischen Versuchen und privater Korrespondenz. Bis an ihr Lebensende sind so über 4'600 Einträge (hauptsächlich Fotos mit Bildlegenden) entstanden, welche ihr privates Umfeld (Freundinnen, Lebenspartner, Familie, Verwandte), ihre Arbeitsorte sowie gesellschaftliche Anlässe (Hochzeiten, Geburtstage) dokumentieren. Das Ensemble gibt einen faszinierenden Einblick in die Biografie einer emanzipierten Frau.



Pamela Ammann in der Ropress. Die Druckerei-Genossenschaft aus den 1970er Jahren existiert noch heute. (Fotos: Urheber:in unbekannt/ SozArch F 5187-1980-1981-005)

F 5201 Werkarchiv von Heinz Nigg

Der Ethnologe und Kulturvermittler Heinz Nigg gehört zu den Pionieren partizipativer Videoarbeit. Mit der Videosammlung «Stadt in Bewegung» über die Jugendunruhen der 1980er Jahre in der Schweiz hatte er 1999 den Grundstein für die Aufarbeitung audiovisueller Archivalien im Sozialarchiv gelegt, nun gelangt sein Werkarchiv zu uns. Es besteht hauptsächlich aus Videoarbeiten im Zusammenhang mit verschiedenen Ausstellungen, die Nigg organisiert hat. Das Werkarchiv wird im Verlauf der nächsten Monate freigeschaltet. Bereits online sind seine Fotoarbeiten, die in den letzten Jahren entstanden sind.

Und zu guter Letzt: Orts-Wiki schlägt Tech-Gigant

Wenn zu einem Bild überhaupt keine Metadaten vorhanden sind, leistet die

Google-Bildersuche im Glücksfall Grossartiges: Bei exakten Übereinstimmungen kann man in Sekundenbruchteilen die gewünschten Informationen finden. Allerdings spült die Suchmaschine auch fehlerhafte Angaben in die Welt, wie im Falle dieses Bildes:



Korrektion des Wildbachs in Wetzikon, 1921/22 (Foto: Fritz Wiesendanger/SozArch F 5068-Gd-neg-0006)

Es seien hier die Bauarbeiten am Sihlsee-Staudamm zu sehen, versichert die Trefferliste gleich im Dutzend. Mit zwei Klicks stösst man auf die offizielle Pressemappe aus dem Jahr 2022 zum Relaunch eines Dokumentarfilms von Karl Sauter über das Bauvorhaben aus den 1920er Jahren, in welcher zum Bild ebenfalls steht, dass hier am Sihlsee-Staudamm gearbeitet werde. Die Geländetopografie und eine vage Vermutung, dass es sich in Tat und Wahrheit um eine Aufnahme aus dem Zürcher Oberland handeln könnte, führt zu einer Recherche in der vorbildlichen lokalhistorischen «Wetzipedia» – und siehe da: Zu sehen sind Korrektionsarbeiten am Wetziker Wildbach, 1921 oder 1922 fotografiert vom Wetziker Fotografen Fritz Wiesendanger.

Stefan Länzlinger

Erschlossene Neuzugänge in der Abteilung Archiv

| Bestand | Stichworte zum Inhalt | Umfang | Signatur |
|--|---|---------------|-----------------|
| FEMIA – Bildung und Kultur für Migrantinnen | Akten zum frühen Frauenflüchtlingsprojekt des cfd, diverse organisationsinterne Akten, Kursunterlagen, Öffentlichkeitsarbeit | 3,5 m | Ar 724 |
| Lesbenorganisation Schweiz LOS | Politische Aktivitäten (v.a. Partnerschaftsgesetz), diverse organisationsinterne Akten, Projekte/Aktionen, Handakten Nadia Herz | 2,3 m | Ar 728 |
| Peace Brigades International (Nachlieferung) | Akten aus der Gründungszeit/zum Aufbau PBI in Europa, Fundraising, internationale Projekte, Akten der Regionalbüros und Arbeitsgruppen | 3,6 m | Ar 80.30.1ff. |
| PRO FILIA Schweiz (Nachlieferung) | Akten der Gremien/Sektionen, Jubiläen, Finanzen, Tätigkeiten (Bahnhofshilfe, Stellenvermittlung, Pensions- und Passantinnenheime) | 2,1 m | Ar 696.20.1ff. |
| Public Eye (Nachlieferung) | Vor allem Akten zum Thema Welthandel/WTO (u.a. Freihandelsabkommen Schweiz – China) | 0,5 m | Ar 430.100.1ff. |
| Vorlasss Jonathan Sisson | Akten aus seiner beruflichen Tätigkeit im Bereich Konfliktbearbeitung, Versöhnung und Gewaltfreiheit bei IFOR, KOFF und MiZaMir: Kursunterlagen, Projekt- und Forschungsberichte, Korrespondenz | 1,0 m | Ar 1051 |

Vor 120 Jahren: Revolution im Zarenreich

«Die russische Revolution ist ein reines Kinderspiel gegenüber derjenigen in Albisrieden!», schrieb das Zürcher «Volksrecht» am 7. Juli 1906. Das sozialdemokratische Parteiblatt machte sich damit lustig über die Aufregung bürgerlicher Blätter wegen eines Streiks bei der Automobilfabrik Arbenz in einer Zürcher Vorortsgemeinde. Der Arbeitskampf eskalierte in der Folge tatsächlich, es gab unter anderem eine Massenschlägerei mit Schusswaffengebrauch zwischen Arbeitern und Albisrieder Bauern, zahlreiche, teils gewaltsame Strassenproteste im Arbeiterviertel Aussersihl und ein Militäraufgebot mit Kavallerie aus der Zürcher Landschaft. Und immer wieder wurden krass übertriebene Parallelen zum Zarenreich gezogen. So schrieb das «Volksrecht» unter Bezugnahme auf das behördliche Aufgebot von Ordnungstruppen von einem «Kosakenregiment» und beklagte die «Rücksichtslosigkeit und Brutalität [...] wie sie sich selbst in den rückständigsten Staaten Europas nicht ungenierter ausprägt» (Volksrecht, 18.8.1906 und 31.7.1906). Der «Neue Postillon», eine dem reformistischen Grütliverein nahestehende karikaturistische Zeitschrift, publizierte im August 1906 unter dem Titel «Die Schlacht bei Albisrieden» ein Gedicht mit dem folgenden Vers: «Wir wollen jetzt beweisen, Dass in der freien Republik, Dem Herrscher aller Reussen, Wir über sind mit Knut' und Strick».



Erinnerung an die Revolution von 1905
(Urheber:in: unbekannt/SozArch F Ob-0001-439)

Die Bezugnahme auf die zeitgleichen Vorgänge im Zarenreich, die die Auslandsberichterstattung der Schweizer Presse dominierten, war indessen mehr als nur rhetorisch. Tatsächlich gab es vielfältige Bezüge der Schweiz und auch der Streikunruhen von 1906 zur Revolution im Zarenreich von 1905/06. Die Streikwelle, die damals über Europa und die Schweiz brauste, hatte eine Entsprechung im Zarenreich. Dort gab es im revolutionären Geschehen auch mehrere Generalstreiks, was die Massenstreikdebatte in der europäischen Arbeiter:innenbewegung befeuerte und dazu beitrug, dass auch die Zürcher Gewerkschaften im als «Kosakenzeit» in die Erinnerung eingehenden Streiksommer 1906 mehrfach mit einem Generalstreik drohten. Auch persönliche Verbindungen gab es. Der Zürcher Arbeiterarzt Fritz Brupbacher, den die «Neue Zürcher Zeitung» im Juli 1906 fälschlicherweise als Drahtzieher der Unruhen in Aussersihl bezichtigte, war mit einer russischen Ärztin verheiratet, die sich just zu jener Zeit ins revolutionäre Getümmel in ihrer Heimat stürzte. Der Aussersihler Pfarrer und Lokalpolitiker Paul Pflüger, der 1906 nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Streikunruhen die «Zentralstelle für Soziale Literatur der Schweiz», das heutige Sozialarchiv, gründete, um gesellschaftliche Probleme faktenbasiert auf reformistischem und demokratischem Wege und nicht mit Gewalt und Revolutionen angehen zu können (s. SozialarchivInfo 3/2021), hatte sich im Jahr zuvor stark in der Solidaritätsbewegung für die russländische Opposition engagiert. Darüber hinaus hatten viele führende Figuren der Revolution von 1905 in der Schweiz studiert oder hier im Exil gelebt oder flüchteten bei der Niederschlagung der Proteste in die Eidgenossenschaft.

Eine Imperialmacht mit Modernisierungsproblemen

Die innere und äussere Verfassung des Zarenreichs am Vorabend der Revolution von 1905 war widersprüchlich. Im Zuge der imperialistischen Ausbreitung europäischer Länder im 19. Jahrhundert hatte auch das russländische Riesenreich sein Territorium nochmals erheblich erweitert. Anders als bei den anderen Kolonialmächten ging es dabei nicht um die Eroberung überseeischer Gebiete – die einzige grössere Überseekolonie Alaska wurde 1867 für 7,2 Millionen Dollar an die USA verkauft –, sondern die immer weitere Ausdehnung und Russifizierung eines zusammenhängenden eurasischen Landblocks. Dies schuf für die Kolonisierten, aber auch für die russische Gesellschaft, die um 1900 nur etwa 44 % der Gesamtbevölkerung des Reiches ausmachte, enorme Kosten, zementierte den autoritären Zentralismus des Herrschaftssystems und erschwerte im 20. Jahrhundert dann eine territoriale und mentale Dekolonisation – mit fatalen Auswirkungen bis in die Gegenwart.

Vom 16. bis 18. Jahrhundert hatte das Zarenreich Sibirien erobert und umfangreiche nord- und osteuropäische Territorien erworben, etwa den ukrainischen Kosakenstaat sowie grosse Teile Finnlands und Polen-Litauens. Die Fläche des Reiches versechsfachte sich von 1505 bis 1796 von 2,5 auf 15,5 Millionen Quadratkilometer. Im 19. Jahrhundert erfolgte die Expansion im Kaukasus, in Zentralasien und der Mandchurei mit einer weiteren Ausdehnung des imperialen Territoriums um die Hälfte auf 22,8 Millionen Quadratkilometer. Die Eroberung des Nordkaukasus in einem von 1817 bis 1864 dauernden Krieg war begleitet von umfangreichen Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen grosser Bevölkerungsteile, die heute teilweise als Genozid

diskutiert werden und gewissermassen die Blaupause zu den ethnischen Deportationen im Stalinismus bildeten. Sie stehen im 19. Jahrhundert als Gewaltpraktiken in einer Reihe mit den Massakern und Genoziden in den Imperialkriegen und aktuellen oder unabhängig gewordenen Siedlerkolonien der westlichen Kolonialmächte sowie den «ethnischen Säuberungen» im Gefolge des schrittweisen Zusammenbruchs der osmanischen Herrschaft über Südosteuropa und deren Ablösung durch Nationalstaaten in sprachlich, religiös und kulturell sehr heterogenen Gebieten. Mit der Erlangung der Kontrolle über den Kaukasus verschob sich der russländische Expansionsfokus auf Zentral- und Ostasien.

Nach umfangreichen Eroberungen in Zentralasien wurde 1868 das «Generalgouvernement Turkestan» mit der Hauptstadt Taschkent geschaffen. 1882 folgte das «Generalgouvernement der Steppe» mit der Hauptstadt Omsk, das grosse Teile des heutigen Kasachstan umfasste. 1858 zwang das Zarenreich das kaiserliche China mit dem Vertrag von Aigun zur Abtretung von über einer halben Million Quadratkilometern seines mandschurischen Territoriums. Wenig später brach das Zarenreich diesen Vertrag und erhielt 1860 auf Grundlage der Pekingener Konvention, die den zweiten Opiumkrieg beendete, die gesamte Äussere Mandschurei zugesprochen. Aus der chinesischen Siedlung Häishēnwāi wurde dadurch die russländische Stadt Vladivostok – «Beherrsche den Osten».

Die asiatische Expansion brachte das Zarenreich allerdings nicht nur in Gegensatz zum geschwächten China, sondern auch zu zwei anderen Imperialmächten: dem britischen Empire mit seinen umfangreichen Besitzungen in



Der russländische Kolonialismus in Asien interessierte auch in der Schweiz (SozArch KS 32/46-28)

Südasiens (unter anderem Indien) und dem kaiserlichen Japan. Durch das ganze 19. Jahrhundert herrschte in Asien eine Art britisch-russländischer Kalter Krieg, das sogenannte «Great Game». Japan durchlief ab 1868 mit der Meiji-Restauration einen forcierten Modernisierungsprozess, besiegte 1894/95 das Kaiserreich China im ersten chinesisch-japanischen Krieg, übernahm daraufhin Taiwan als Kolonie und geriet mit seinen Expansionsgelüsten in Ostasien in direkten Gegensatz zum Zarenreich.

Zugleich war das Zarenreich Teil des im 18. Jahrhundert herausgebildeten und auf dem Wiener Kongress 1814/15 wiederhergestellten Gleichgewichtssystems der fünf europäischen Grossmächte («Pentarchie», zusammen mit Grossbritannien, Frankreich, der Habsburgermonarchie und Preussen bzw. dem Deutschen Reich) und

bildete darin das konservativste Element. Seine Rolle als antiliberaler «Gendarm Europas» wurde durch die Niederlage im Krimkrieg von 1853 bis 1856 gegen eine Koalition aus dem Osmanischen Reich, Grossbritannien, Frankreich und Sardinien-Piemont allerdings geschwächt. Durch die Intervention in die Balkankrise ab 1875 und den Sieg im Krieg gegen das Osmanische Reich von 1877/78 konnte sich das Zarenreich im Zeichen des aufkommenden Panslawismus jedoch zur (darin im Gegensatz zum Osmanischen Reich und der Habsburgermonarchie stehenden) Schutzmacht der südslawischen Völker aufschwingen. Zugleich kam es dadurch seinem strategischen Ziel der Kontrolle über den Bosphorus und des Zugangs zum Mittelmeer ein Stück näher. 1893 schloss das Zarenreich mit der Französischen Republik trotz der starken politischen und ideologischen Unterschiede eine hauptsächlich gegen das Deutsche Reich gerichtete Militäralianz als ein früher Schritt zur bündnispolitischen Polarisierung Europas, die dann im Sommer 1914 eine katastrophale Dynamik entfalten sollte.

Vor diesem Hintergrund einer chronischen «imperialen Überdehnung» (Paul Kennedy) führte die innenpolitische Entwicklung im Zarenreich weder zu einer evolutionären Konstitutionalisierung, Liberalisierung und schliesslich Demokratisierung wie in Grossbritannien noch zu revolutionären Umstürzen wie mehrfach in Frankreich, sondern im Verhältnis zwischen russischen Unterschichten und Kolonisierten zu einer Nivellierung nach unten. Beim Thronantritt von Zar Nikolaus I. 1825 hatte die Offiziersbewegung der «Dekabristen» sich gegen Zensur, Polizeiwillkür und die Leibeigenschaft (der zu jener Zeit etwa die Hälfte der Bevölkerung unterlag) aufgelehnt und

eine konstitutionelle Monarchie gefordert. Der Zar unterdrückte diese Rebellion energisch und baute in der Folge den Polizei- und Geheimdienstapparat aus. Die europäische Revolutionswelle von 1830 beschränkte sich im Zarenreich auf einen polnischen Aufstand, nach dessen Niederschlagung der Zar den verfassungsrechtlichen Sonderstatus Russisch-Polens aufhob.



Kirche und Armee als Machtgrundlagen der zaristischen Autokratie: Zarenglocke im Moskauer Kreml um 1910 (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F 5119-Fa-060)

Die Revolutionswelle von 1848 griff kaum auf das Zarenreich über. Vielmehr halfen russländische Interventionstruppen 1848/49 bei der Niederschlagung der ungarischen Unabhängigkeitsbewegung von der Donaumonarchie sowie der Unterdrückung der Revolutionen in den unter osmanischer Oberhoheit stehenden Donaufürstentümern Moldau und Walachei. Ebenso suspendierte das Zarenreich nach dem Sonderbundskrieg seine am Wiener Kongress gegebene Garantie der schweizerischen Neutralität und territorialen

Integrität – dies gleichsam als Einladung an die Nachbarstaaten, in der Eidgenossenschaft zu intervenieren (s. Sozialarchiv-Info 2/2023). Erst die Revolution von 1905 zeigte im Zarenreich dann das gemeinsame Auftreten konstitutionalistischer, liberaler, sozialistischer, nationalistischer und autonomistischer bzw. antiimperialer Kräfte, wie es in West-, Zentral- und Teilen Ostmitteleuropas bereits 1848 zutage getreten war. Wenn Lenin später 1905 als «Hauptprobe» für 1917 bezeichnete, so war es aus einer transnationalen Perspektive eher eine Art anachronistischer Epilog zu 1848.

Der Schock der Niederlage im Krimkrieg führte dann unter Zar Alexander II. zu einer Reihe von Reformen. Neben der Abschaffung der Leibeigenschaft 1861 gehörten dazu in den 1860er und frühen 1870er Jahren Reformen in den Bereichen des Finanzwesens, der Universitäten, der Lokal- und Stadtverwaltung, der Justiz, der Sekundarschulbildung und des Militärs. Bereits gegen Ende der Regierungszeit des 1881 von Mitgliedern der sozialrevolutionären Geheimgesellschaft «Norodnaja volja» ermordeten Alexanders II. sowie unter seinem Nachfolger Alexander III. wurden Teile der Reformen wieder eingeschränkt. Zugleich kam es 1863 zu einem erneuten Aufstand in Russisch-Polen, der abermals niedergeschlagen wurde. Dem entstehenden antiimperialen Nationalismus auch in anderen westlichen und südwestlichen Randgebieten setzte die zaristische Regierung eine forcierte Russifizierung in Verwaltung, Bildungssystem und Kultur entgegen. Dazu gehörten Massnahmen zugunsten des Russischen und zur Unterdrückung der anderen Sprachen, die Forcierung der seit dem 18. Jahrhundert entwickelten Ideologie des «dreieinigen russischen Volkes» aus «Gross-, Weiss- und Kleinrussen» als versuchter Einbezug

von Belaruss:innen und Ukrainer:innen in einen ostslawisch-orthodoxen bzw. grossrussischen Nationalismus, aber auch, insbesondere in den neu unterworfenen asiatischen Gebieten, ein russischer Siedlungskolonialismus. Hinzu kam die Instrumentalisierung des Antisemitismus als Ablenkung von gesellschaftlichen Problemen und antiimperialen Tendenzen (s. SozialarchivInfo 1/2021).

Neben den antiimperialen Strömungen entstanden im späten 19. Jahrhundert auch russische Oppositionskräfte, die dann in der Revolution von 1905 eine Rolle spielen sollten. Vor allem auf der Basis der alexandrinischen Reform der Lokalverwaltung mit regionalen Ständeversammlungen («Zemstvo») bildete sich eine reformistische Elite mit konstitutionalistischen und liberalen Ideen. Radikalere Oppositionskräfte, die sich oft auch terroristischer Methoden bedienten, agierten hauptsächlich aus dem Untergrund, dem Exil (unter anderem in der Schweiz) oder befanden sich in der Verbannung in Sibirien. Sie hingen dem Nihilismus, Anarchismus oder einem spezifisch russischen Agrarsozialismus (Narodniki, ab 1901 Partei der Sozialrevolutionäre) an, ab den 1880er Jahren zunehmend auch dem Marxismus. Die 1898 gegründete marxistische Russländische Sozialdemokratische Arbeiterpartei spaltete sich 1903 in die Flügel der Bolschewiki um Lenin, die auf eine Elite von Berufsrevolutionär:innen setzte, und der Menschewiki, die im Sinne westlicher Sozialdemokratien eine Arbeiter:innenbewegung mit Massenbeteiligung und Gewerkschaften anstrebten. Ebenso trat 1903 der «Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland» (kurz «Bund») aus, nachdem Bolschewiki wie Menschewiki dessen Autonomiestatus innerhalb der Gesamtpartei abgelehnt hatten.



Bäuerinnen in der Umgebung von Moskau, um 1900 (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F 5119-Fa-179)

Die wirtschaftliche Modernisierung machte im späten 19. Jahrhundert zwar Fortschritte, das Zarenreich hinkte ökonomisch aber weiter hinter den Grossmächten West- und Mitteleuropas und Nordamerikas her. Neue Bahnlinien verbanden die schnell wachsenden Städte und die Zahl der Fabrikarbeiter:innen nahm 1890 bis 1900 von 1,4 auf 2,4 Millionen zu. Dies waren aber weniger als 2% der Gesamtbevölkerung. Die grosse Mehrheit blieb kleinbäuerlich und oft am Rand des Existenzminimums. Im Jahr 1900 lebten nur 4,8% der Bevölkerung des Zarenreiches in Städten gegenüber 32,8% in Grossbritannien, 18,7% in den USA, 15,5% im Deutschen Reich und 13,3% in Frankreich. Selbst in Italien, Österreich-Ungarn und Japan war der Urbanisierungsgrad höher als im Zarenreich. Die Produktivität der Landwirtschaft nahm zwar zu, blieb aber deutlich unter derjenigen in Westeuropa.

Von 1880 bis 1900 gelang es dem Zarenreich, die industrielle Kapazität Frankreichs zu überholen, zugleich vergrösserte sich aber der Rückstand auf die drei führenden Industriestaaten USA, Grossbritannien und Deutschland. Auch wurde das



Transportarbeiter in der Nähe von Moskau, um 1900 (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F 5119-Fa-175)

vor allem durch ausländisches Kapital angetriebene industrielle Wachstum durch eine zunehmende Auslandverschuldung erkaufte, insbesondere in Frankreich. Die Lage der Fabrikarbeiter:innen war vielfach erbärmlich. Die zaristische Regierung erlaubte die Bildung von Gewerkschaften nicht, sondern versuchte, durch polizeilich kontrollierte Organisationen die Arbeiterschaft zu vereinnahmen. Als im Juni 1896 bis zu 30'000 Textilarbeiter:innen in 18 Petersburger Fabriken für drei Wochen streikten, wurden rund 1'000 Personen verhaftet.



Einzug der industriellen Moderne: Giesserei Dobrov & Nabholz in Moskau, um 1900 (Foto: Arnold Ott/SozArch F 5119-Fb-133)

In den Jahren vor 1905 spitzte sich die gesellschaftliche Krise zu, insbesondere in den westlichen und südwestlichen Randgebieten. Von den 59 Demonstrationen, die 1895 bis 1900 im Zarenreich registriert wurden, fanden 25 in Polen statt, 9 in der Ukraine, 9 im Baltikum, 7 in Belarus, 6 in Finnland und nur 3 in Gebieten mit russischer Bevölkerungsmehrheit. 1902 bis 1904 gab es eine Bauernrevolte in der Ukraine. Im georgischen Gurien schuf eine bäuerliche Protestbewegung 1902 die Gurische Republik mit einer revolutionären Selbstverwaltung, die von den zaristischen Streitkräften erst 1906 niedergeschlagen werden konnte. 1903/04 entfaltete sich eine Welle von Massenstreiks und städtischen Unruhen zunächst in Baku, Tiflis und Batumi, dann in Odessa, Kyjiw und anderen Städten der Ukraine sowie in Russisch-Polen.

Krieg als Auslöser revolutionärer Unruhen

Zu den vielfältigen gesellschaftlichen und politischen Problemen kam im Februar 1904 der Ausbruch des russisch-japanischen Krieges, der sich bereits in den Vorjahren abgezeichnet hatte, dennoch aber die zaristische Regierung überrumpelte. Ab 1898 pachtete das Zarenreich von China Port Arthur als Flottenstützpunkt im Gelben Meer. 1900/01 intervenierten Russland und Japan zusammen mit Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, Österreich-Ungarn, Italien und den USA in einer gemeinsamen Strafaktion gegen den Boxeraufstand in China, wobei das Zarenreich zum Unmut Japans die südöstliche Hälfte der Inneren Mandschurei über das Ende der Intervention hinaus besetzte. Am 13. Januar 1904 forderte der japanische Botschafter in St. Petersburg eine Abgrenzung der ostasiatischen Einflussphären: Gegen die russländische Anerkennung der japanischen Vorherrschaft in Korea

wollte Japan erklären, dass die Mandschurei ausserhalb ihres Einflussbereichs liege. Die zaristische Regierung lehnte ab, worauf die japanische Flotte in der Nacht vom 8. auf den 9. Februar Port Arthur angriff.

In den folgenden Tagen wurde die russländische Pazifikflotte zerstört oder in Port Arthur blockiert. Die zaristische Regierung ging dennoch von einem leichten Sieg aus und erhoffte sich vom Krieg eine Stärkung ihres internationalen Prestiges und Schwächung der innenpolitischen Opposition. Die erste Landschlacht im April am Yalu-Fluss an der Grenze zwischen Korea und China endete aber mit einem japanischen Sieg und auch der weitere Kriegsverlauf war für die russländische Seite ein Debakel. Die meisten Land- und Seeschlachten wurden von den Japanern gewonnen. Im Juli 1904 begann die japanische Belagerung von Port Arthur. Dabei entspann sich ein Stellungskrieg mit Schützengraben, wie er zehn Jahre darauf für die Westfront des Ersten Weltkriegs charakteristisch werden sollte. Im Dezember zerstörte die japanische Artillerie die verbliebenen Schiffe der russländischen Pazifikflotte und am 2. Januar 1905 kapitulierte die Besatzung von Port Arthur. Die Nachricht vom Fall der Hafenstadt schockierte die russländische Öffentlichkeit und demoralisierte die verbliebenen Truppen. Ende Mai erlitt die Baltische Flotte, die zum «Zweiten Pazifik-Geschwader» umfunktioniert worden war, in der Seeschlacht bei Tsushima eine vernichtende Niederlage.

Kurz darauf übernahm US-Präsident Theodore Roosevelt eine Vermittlungsmission und am 5. September 1905 wurde der Friedensvertrag von Portsmouth unterzeichnet. Dieser sprach die Souverä-

nität über die Innere Mandschurei China zu, so dass die russländischen Truppen die 1900 besetzten Gebiete räumen mussten. Das russländische Pachtgebiet auf der chinesischen Liaodong-Halbinsel mit dem Kriegshafen Port Arthur ging an Japan, das auch den Süden der Insel Sachalin, die im Juli 1905 von japanischen Truppen besetzt worden war, sowie die vormals russländische Konzession für einen Teil der chinesischen Osteisenbahn erhielt. Japan, das im August 1905 seine Allianz mit Grossbritannien erneuert und vertieft hatte und im November gleichen Jahres ein Protektorat über Korea errichtete, wurde damit zur ostasiatischen Grossmacht. Das Zarenreich hingegen, das bei einer Gesamtzahl von 1,36 Millionen mobilisierten Soldaten und Matrosen etwa 70'000 Tote, 146'000 Verwundete und 74'000 Gefangene zu beklagen hatte, sich für die Kriegsfinanzierung in Frankreich und Deutschland verschuldete und nach der faktischen italienischen Niederlage gegen Äthiopien im Krieg von 1895/96 eine der ganz wenigen Niederlagen europäischer Grossmächte gegen aussereuropäische Gegner erlitt, war trotz der im Verhältnis zum militärischen Desaster relativ milden Friedensbedingungen tief gedemütigt. Präsident Roosevelt erhielt für seine Vermittlerrolle 1906 den Friedensnobelpreis.

Der «Blutsonntag» und seine Folgen

Der Krieg gegen Japan verschärfte auch die wirtschaftlichen Probleme. Produktion und Aussenhandel gingen zurück, die Lebensmittelpreise in den Städten stiegen massiv, die Reallöhne schrumpften um 20% und viele Industriebetriebe bauten Stellen ab. Die Depression der russländischen Industrie hielt bis 1908/09 an, ohne dass der Staat wesentliche wirtschafts- oder sozialpolitische Gegenstrategien entfaltet hätte. Schon lange vor Kriegsende

regte sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und in verschiedenen Reichsteilen Opposition und Protest. Kreise aus der kritischen Intelligencija entfalteten nach dem Vorbild der französischen Opposition von 1847/48 die sogenannte «Bankettbewegung» und veranstalteten Festessen, an denen politische Resolutionen verabschiedet wurden. Am 4. Januar 1905 traten die Arbeiter:innen in den auf Eisenbahn- und Waffenproduktion spezialisierten Petersburger Putilov-Werken in den Ausstand. In den folgenden Tagen weitete sich der Streik aus und umfasste bald 140'000 Arbeiter:innen.



Die durch den Krieg gegen Japan verschärfte Wirtschafts- und Finanzkrise hielt weit über das Kriegsende hinaus an: Kreditbillett von 1909 (Urheberin: Staatsbank des Russländischen Reiches/SozArch F 5119-Pa-001v)

Am 9. Januar 1905, wenige Tage nach der Kapitulation von Port Arthur, zog eine Demonstration von Zehntausenden Menschen vor den Zarenpalast, um dem Autokratoren eine Bittschrift zu überreichen.

Organisiert hatte die Kundgebung der Pope Georgij Gapon, der seit 1903 eine zarenfreundliche Arbeiterorganisation leitete und zugleich Agent der Geheimpolizei Och-rana war. Ab Ende 1904 arbeitete Gapon aber zunehmend mit radikaleren Kräften der Arbeiter:innenbewegung zusammen. Der Demonstrationzug war keineswegs umstürzlerisch gesinnt. Vielmehr wurden Ikonen und Zarenbilder mitgetragen. Die Petition zielte allerdings auf eine radikale Veränderung des politischen Systems ab, war ihre zentrale Forderung doch die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung nach allgemeinem, direktem, geheimem und gleichem Wahlrecht: «Es ist notwendig, dass das Volk sich selbst hilft, denn nur es kennt die wahren Bedürfnisse. Lehnen Sie seine Hilfe nicht ab, sondern nehmen Sie sie an!» Des Weiteren forderte die Petition als «Massnahmen gegen die Unwissenheit und Entmündigung des russischen Volkes» bürgerliche Rechte wie die Rede-, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit, die Freiheit und Unverletzlichkeit der Person, ein obligatorisches und kostenloses Bildungssystem, die Regierungsverantwortlichkeit gegenüber dem Volk, Rechtsgleichheit und Befreiung der politischen Gefangenen, ebenso wirtschafts- und sozialpolitische Reformen wie die Gewerkschaftsfreiheit, den Achtstundentag, das Streikrecht, Sozialversicherungen und angemessene Löhne.

Am Ende formulierte die Bittschrift eine klare Alternative: «Wir haben nur zwei Wege: entweder in die Freiheit und ins Glück oder ins Grab.» Eintreffen sollte für viele Demonstrationsteilnehmer:innen das zweite: Die Palastwache schoss in die Menge, tötete und verletzte viele Menschen. Die genaue Zahl der Opfer ist nicht bekannt; die Angaben variieren von 130 bis über 1'000 Tote. Die psychologische Wirkung des

Ereignisses war ungeheuer. Die Illusion, die Regierung sei grundsätzlich am Wohl des Volkes interessiert, zerbrach auf einen Schlag. An zahlreichen Orten kam es zu Unruhen und Arbeitsniederlegungen. Schon am Morgen nach dem Massaker von St. Petersburg gingen in Moskau 45'000 Menschen auf die Strasse. Im April streikten 80'000 Personen, im Mai bereits 200'000. Entlang der Strecke der Transsibirischen Eisenbahn griff der Protest auch nach Osten über mit Eisenbahnerstreiks im Februar, Mai und August.

Schon im Januar 1905 bildeten sich in St. Petersburg aus Fabrikbelegschaften auch Arbeitermilizen, in den folgenden Wochen und Monaten auch in Moskau und anderen Regionen. Im Februar ermordete der sozialrevolutionäre Dichter Ivan Kaljaev in der Nähe des Moskauer Kremls den Grossfürsten Sergej Romanov, einen Onkel des Zaren. Diese Tat wurde 1949 von Albert Camus im Drama «Les justes» literarisch verarbeitet. Allenthalben entstanden Berufsverbände, die sich Anfang Mai zu einer Dachorganisation zusammenschlossen. Wissenschaftler und Lehrer forderten die Einrichtung einer frei gewählten Volksvertretung und zahlreiche Nationalitäten des Riesenreiches beriefen Kongresse ein, an denen Autonomieforderungen erhoben wurden. Ende Juli tagte der erste allrussische Kongress des neugegründeten Bauernverbandes. Ausserdem gab es Meutereien in Armee und Flotte sowohl in den europäischen Reichsteilen als auch in Fernost bis nach Vladivostok.

Im Sommer 1905 flauten die Proteste in den russischen Gebieten des Zarenreiches vorübergehend ab. Zeitgleich herrschten aber in Russisch-Polen, Transkaukasien und im Baltikum bürgerkriegsartige Zustände. Ab September gab es auch in den

russischen Gebieten erneut zahlreiche Streiks, unter anderem in den Metropolen St. Petersburg und Moskau. Vom 7. bis 13. Oktober traten die Eisenbahner erneut in den Ausstand. Sogar in einem Priesterseminar brach ein Streik aus. Ende Oktober meuterten 13'000 Matrosen und Soldaten der Marinebasis Kronstadt. In den westlichen Reichsteilen kam es auch zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung, die über 1'000 Menschenleben forderten. Sie gingen zum Teil von prozaristischen Demonstrationen aus und wurden von den Behörden als Ablenkung von den revolutionären Aktivitäten zumindest geduldet.

Als neue Organisationsform bildeten sich Arbeiterräte, die die Streikbewegung leiteten. Der am 13. Oktober zusammengetretene Petersburger Arbeiterrat rief in den folgenden Wochen mehrfach zum

Generalstreik auf. Am 26. November wurde an seine Spitze Leo Trotzki gewählt, der damals zwischen Bolschewismus und Menschewismus lavierte und vor dem Hintergrund der Erfahrung von 1905 kurz darauf in der Schrift «Ergebnisse und Perspektiven» erstmals seine Theorie der permanenten Revolution formulierte. Am 3. Dezember 1905 liess die zaristische Regierung die Führer des Petersburger Arbeiterrats verhaften. Auch in Moskau kam es zu einem von einem Arbeiterrat geleiteten Generalstreik. Unter dem Einfluss der Bolschewiki brach am 9. Dezember in Moskau sogar ein bewaffneter Aufstand aus, der nach einer Woche blutig niedergeschlagen wurde. Das System der Arbeiterräte, deren Deputierte von der Basis jederzeit abberufen werden konnten, galt in der Folge als anzustrebende Idealform der Arbeiterdemokratie. Im Revolutionsjahr 1917 sollte es eine wichtige



Die Sozialrevolutionärin Marija Spiridonova, Attentäterin im Jahr 1906, lebte 1906 bis 1917 in zaristischen, 1919 bis 1921 und 1923 bis zu ihrer Erschiessung 1941 in kommunistischen Gefängnissen und Verbannung (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F Ka-0002-261)



Die Sozialrevolutionärin Irina Kachovskaja, Revolutionsteilnehmerin von 1905/06, lebte 1907 bis 1917 in zaristischen, 1919 bis 1954 mit Unterbrüchen für fast drei Jahrzehnte in kommunistischen Gefängnissen und Verbannung (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F Ka-0002-260)

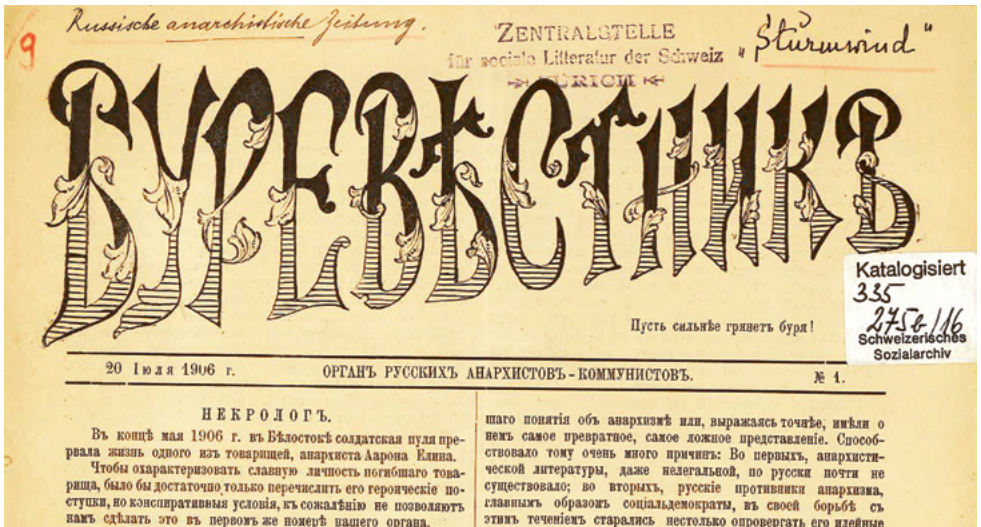
Rolle spielen, wurde dann aber von den Bolschewiki bald als pseudodemokratische Fassade ihrer Parteidiktatur missbraucht. Im Protestzyklus um das Ende des Ersten Weltkriegs entstanden in etwa 30 Ländern Europas, Asiens, Nord- und Lateinamerikas Arbeiterräte, die in den Revolutionen in Deutschland und Österreich-Ungarn 1918/19 eine wichtige Rolle spielten.

Auch auf dem Land kam es zu Unruhen, die ab Oktober 1905 zunahmen. Bei gewaltsamen bäuerlichen Protesten wurden allein in den letzten zwei Monaten des Jahres 1905 2'000 Landgüter niedergebrannt. Bauern plünderten und brandschatzten adlige Gutshöfe, ermordeten Gutsherren, teilten die Nahrungsmittelvorräte unter sich auf, raubten Getreide und Futter, schlugen in grundherrlichen Wäldern Holz und trieben ihr Vieh auf fremde Weiden. Die Bauernaufstände gingen 1906 weiter, bevor sie blutig niedergeschlagen wurden. Dabei brannten vor allem die ge-

fürchteten Kosakenregimenter Bauernhäuser nieder, töteten Vieh, liessen oft die ganze Dorfversammlung auspeitschen und töteten, verstümmelten oder verhafteten wahllos Menschen. Von Oktober 1905 bis April 1906 wurden dabei 34'000 Personen erschossen, 14'000 erlagen ihren Verletzungen, 70'000 wurden in den Kerker geworfen. In den Städten gab es im Frühjahr 1906 noch durchschnittlich fünf politische Attentate pro Tag, häufig verübt durch Anarchist:innen, und zahlreiche Banküberfälle sollten Geld für die Revolution beschaffen. Erst 1907 waren die revolutionären Unruhen vollständig unterdrückt.

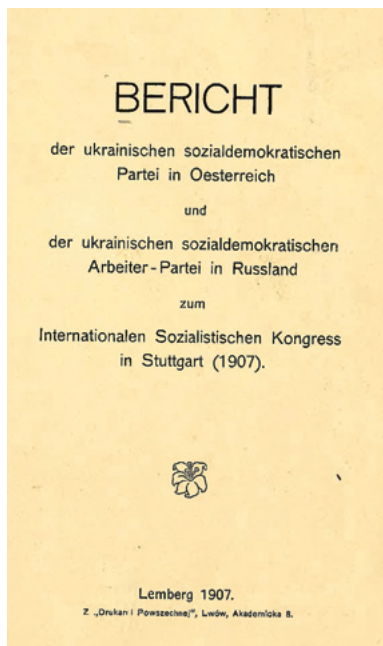
Revolution und Antiimperialismus

Besonders heftig waren die Unruhen und Streiks in den westlichen und südwestlichen Randgebieten, wo sich Sozialprotest und der Ruf nach politischen Reformen mit antiimperialem Aufbegehren gegen die als Fremdherrschaft empfundene zaristische Administration vermischte und teilweise in bürgerkriegsartige Zustände mündete.



Die anarchistische Zeitschrift «Burevestnik» erschien 1906 aus dem Exil in Paris und Genf (SozArch KS 335/275b-16)

So finden sich in der Sachdokumentation des Sozialarchivs Berichte an die Zweite Internationale von Arbeiterparteien der Ukraine, Polens, Finnlands und Lettlands sowie des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes zu ihren Aktivitäten in der Revolutionsphase 1905 bis 1907.



Die ukrainische Sozialdemokratie war im Zarenreich und der Habsburgermonarchie aktiv (SozArch KS 335/275-Z1-6)

Im Baltikum verbanden sich Streiks der teilweise sozialistisch organisierten Arbeiter:innen mit Bauernrebellionen gegen die zaristische Verwaltung und den grossgrundbesitzenden deutschbaltischen Adel. Neben den städtischen und ländlichen Unter- und Mittelschichten beteiligten sich auch bürgerliche und adlige Liberale am revolutionären Geschehen. In Riga kam es bereits im Januar 1905 zu bewaffneten Zusammenstössen, die 73 Opfer forderten. Im Frühjahr und Sommer traten lettische

und estnische Landarbeiter:innen in den Streik, Bauern verweigerten Abgaben und schufen in Kurland und Südlivland revolutionäre Selbstverwaltungen. Bei einer Demonstration in Tallinn am 16. Oktober 1905 eröffnete das Militär das Feuer und tötete etwa 100 Menschen. Im November tagte eine All-Estnische Versammlung mit 800 Delegierten, Anfang Dezember forderte in Vilnius ein Landtag von 2'000 Personen nationale Autonomie, das Litauische als Amtssprache und eine gesetzgebende Versammlung. Bis Ende 1905 wurden 563 Rittergüter des deutschbaltischen Adels, über 20% des Gesamtbestandes, von Aufständischen zerstört, zahlreiche Gutsbesitzer vertrieben und einige ermordet.

In Russisch-Polen, wo die grossen Aufstände von 1830/31 und 1863/64 hauptsächlich von den einheimischen Eliten getragen gewesen waren und das nun ein industrielles Zentrum des Zarenreichs war, fand 1905 eine Demokratisierung des antizaristischen Protests statt. Diese legte auch soziale Spannungen innerhalb der polnischen Gesellschaft frei. Erstmals gab es Arbeiter:innenaktivismus auf der Strasse. Ein Drittel aller Streiks im Zarenreich während der Revolutionsphase fanden in Polen statt. 90% der polnischen Arbeiter:innen streikten 1905 mindestens einmal. Zugleich zeichneten sich die Ereignisse durch eine besondere Gewalttätigkeit aus.

Bereits im November 1904 kam es im Anschluss an eine Massendemonstration zu Kampfhandlungen zwischen dem zaristischen Militär und sozialistischen Milizen. Ende Januar 1905 demonstrierten Arbeiter:innen in Łódź gegen den Zaren und den Krieg. Ähnliche Proteste folgten in Warschau, über das die zaristischen Behörden schon am 17. Januar den Belagerungs-

zustand verhängt hatten und wo bewaffnete Zusammenstösse mindestens 90 Todesopfer forderten, und anderen industriellen Zentren. Ende Januar riefen die sozialistischen Parteien von Generalstreik auf, der während vier Wochen andauerte und an dem sich 400'000 Arbeiter:innen beteiligten. Auch gab es Proteste an Schulen und Universitäten gegen die Unterdrückung des Polnischen als Unterrichtssprache, unter anderem einen sieben Monate andauernden Schulboykott der Mittelschüler:innen. Am 1. Mai 1905 wurden in Warschau 30 Demonstrant:innen erschossen. Ende Juni kam es in Łódź zu einem mehrtägigen Aufstand mit Barrikadenkämpfen, bei dessen Niederschlagung 150 bis 500 Menschen ums Leben kamen.



Solidaritätsaufruf des «auswärtigen Comités» der Polnischen Sozialistischen Partei (SozArch KS 335/275a-3)

Trotz des Krieges gegen Japan sah sich die zaristische Regierung gezwungen, die 250'000 Mann starken Truppenkontingente in Russisch-Polen zu verstärken. Politische Parteien wie die von Rosa Luxemburg mitgegründete Sozialdemokratie des Königreichs Polen-Litauen, Józef Pitsudskis Polnische Sozialistische Partei (deren bewaffneter Arm ab 1904 Überfälle auf russländische Banken und Postzüge verübte), der Allgemeine Jüdi-

sche Arbeiterbund und die Nationaldemokratische Partei wurden während der Revolution von kleinen Zirkeln zu Massenorganisationen. Etwa 20% der polnischen Arbeiter:innen traten Gewerkschaften bei, deren Mitgliedschaft zu etwa einem Fünftel weiblich war (gegenüber damals unter einem Zehntel im Schweizerischen Gewerkschaftsbund). Die Polnische Sozialistische Partei, die auf über 50'000 Mitglieder anwuchs, versuchte im Dezember 1905 erfolglos, in Warschau die Macht zu ergreifen, und setzte danach den Widerstand mit Terroranschlägen fort. Noch 1906 und 1907 gab es verschiedene Unruhen mit Todesopfern. Am 15. August 1906, dem sogenannten «Blutmittwoch», verübten Mitglieder der Kampforganisation der Polnischen Sozialistischen Partei in einer konzertierten Aktion rund 100 Anschläge auf Behörden und Polizeistellen in 20 Ortschaften Russisch-Polens und töteten etwa 80 Polizisten und Spitzel. Das Scheitern der Revolution stärkte dann innerhalb des polnischen politischen Spektrums die nationalistischen und konservativen Kräfte.

Am erfolgreichsten war die Revolution in Finnland, das seit der Jahrhundertwende einer (im Vergleich zu anderen Reichsteilen noch relativ milden) «administrativen Russifizierung» ausgesetzt gewesen war. 1899 hatte der Zar in seinem Februarmanifest die finnische Ständeversammlung zu einem blossen Beratungsorgan abgewertet. Im selben Jahr kam es zu passivem Widerstand gegen die Ausweitung der Wehrpflicht. Im folgenden Jahr wurde die Verwendung des Russischen in der finnischen Verwaltung ausgebaut. Erstmals versuchten die in verschiedene politische Gruppen gespaltenen finnischen Eliten nun breite Bevölkerungskreise zu mobilisieren, bereits 1899 mit einer

Massenpetition und 1905 dann durch Unterstützung des allgemeinen Wahlrechts. Im Juni 1904 wurde der verhasste, mit Sondervollmachten regierende Generalgouverneur Nikolaj Bobrikov von einem finnischen Nationalisten ermordet.

Der Petersburger Generalstreik vom Oktober 1905 sprang nach zehn Tagen aufs benachbarte Finnland über und mündete in spektakuläre Reformen. Am 4. November 1905 genehmigte der Zar einen fundamentalen und im ganzen Imperium einmaligen Wechsel vom ständischen zum parlamentarischen System und suspendierte darüber hinaus das Rekrutierungsgesetz und andere unpopuläre Massnahmen. Das neue finnische Parlament wurde erstmals 1907 gewählt, wobei als europaweites Novum neben den Männern auch die Frauen wahlberechtigt waren (s. SozialarchivInfo 6/2020). Stärkste Kräfte wurden die Sozialdemokratische Partei mit 37% und die konservative Finnische Partei mit 27%. 19 der 200 Abgeordneten waren Frauen. Der Zar löste das Parlament bereits 1908 wegen «staatsfeindlicher Gesinnung» auf, startete im selben Jahr eine zweite Russifizierungswelle Finnlands und intervenierte auch in der Folgezeit mit Einschränkungen der parlamentarischen Kompetenzen und beinahe jährlichen Parlamentsauflösungen massiv in den demokratischen Prozess. Dennoch ermöglichten die 1905 erkämpften Reformen die Etablierung einer neuen politischen Kultur und eines relativ stabilen Parteiensystems als Grundlage für die demokratische Entwicklung Finnlands nach der Unabhängigkeit und dem Bürgerkrieg von 1918.

In der Ukraine spielten die Eisenbahner im revolutionären Geschehen eine wichtige Rolle. Im Donbass-Gebiet gab es

bewaffnete Auseinandersetzungen, in Odessa zahlreiche Streiks und Demonstrationen. Knechte und Tagelöhner auf Gutsbetrieben verweigerten die Arbeitsleistung. Auch auf die am Krieg gegen Japan nicht beteiligte Schwarzmeerflotte sprang der Funke der Rebellion über. Schon im November 1904 gab es eine Meuterei in der Marinebasis Sevastopol'. Am 14. Juni 1905 meuterte dann die Besatzung des Panzerkreuzers Potemkin. Auslöser war die Verabreichung verfaulten Fleisches an die Matrosen. Nach dem Einlaufen des Panzerkreuzers in Odessa, wo gerade ein Generalstreik stattfand, richteten Kosakentruppen in den folgenden Tagen bei der Niederschlagung der Aufstände ein Blutbad an, das über 1'000 Menschenleben kostete. Die Besatzung der Potemkin



Sergej Ėjzenštejn (Mitte), Regisseur des Films «Panzerkreuzer Potemkin», im Jahr 1928 vor dem Lenin-Haus an der Zürcher Spiegelgasse (Foto: Robert Zumbrunn/SozArch F 5185-Fb-339)

flüchtete ins rumänische Constanța. Diese Ereignisse dienten als Grundlage für Sergej Ėizenštejns Stummfilmepos «Panzerkreuzer Potemkin» von 1925. Die ukrainische Intelligenz schuf im Zuge der Revolution eine Reihe neuer Organisationen und Zeitschriften. Die wichtigste politische Partei, die 1900 entstandene Revolutionäre Ukrainische Partei, nannte sich 1905 um in Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Auch im Kaukasus und Transkaukasien wurde es unruhig. Im späten 19. Jahrhundert waren antiimperiale Kräfte erstarkt und um 1900 entstanden politische Parteien, die sich für mehr Autonomie einsetzten und teilweise Kontakte zu anderen Peripherien des Zarenreiches pflegten. In Baku erzielten 1905 Arbeiter:innen mit Protestaktionen Lohnerhöhungen. Die Streikbewegung griff dann auf Tiflis, Batumi und andere Städte über. Im August töteten Truppen in Tiflis bei der Auflösung einer Protestversammlung mehrere Dutzend Menschen. Im Sommer 1905 entglitt dem zaristischen Statthalter für den Kaukasus die Kontrolle über weite Gebiete, etwa Ossetien, vollständig. Der Gouverneur von Baku förderte im Sinne einer klassischen imperialistischen Divide-and-rule-Strategie aserbajdschanische Pogrome gegen Armenier:innen, die zuvor seit der Mitte des 19. Jahrhunderts von den zaristischen Machthabern gezielt als Gegengewicht gegen die muslimische Bevölkerung in der Region angesiedelt worden waren. In der Folge kam es bis Frühjahr 1906 zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen aserbajdschanischen Muslimen und Armeniern, die mehrere Tausend Opfer forderten. Der seit 1902 in Gurien schwelende Bauernaufstand weitete sich auf ganz Westgeorgien aus und es schlossen sich ihm meuternde Armeeeinheiten an. Füh-

rende politische Kraft Georgiens wurden die Menschewiki, die ab 1918 auch die erste unabhängige und demokratische Republik dominierten, bis diese 1921 von der Roten Armee zerstört wurde.

In den während des 19. Jahrhunderts kolonisierten Gebieten Zentralasiens blieb es vergleichsweise ruhig, aber auch hier kamen politische Prozesse in Gang. Im Generalgouvernement Turkestan traten vor allem die russischsprachigen Eisenbahner mit zahlreichen Streiks als tragende Kraft der Revolution hervor und der liberale Teil der Kolonialelite beteiligte sich an der Bankett-Bewegung. Ausserhalb des Eisenbahnwesens gab es keine Streiks. Die kolonisierte muslimische Landbevölkerung betrachtete die Revolution als innerrussische Angelegenheit und blieb ruhig. Auch die städtischen Muslime beteiligten sich nicht an Streiks und Demonstrationen, wurden aber politisiert und diskutierten diverse politische und gesellschaftliche Reformprojekte. Auf zwei Kongressen im August 1905 und Januar 1906 entstand die «Union der Muslime Russlands», die Demokratie sowie die Gleichberechtigung der Muslime forderte.

Auch die kleinen ethnischen Gruppen Sibiriens und des Wolga-Uralgebiets schlossen sich der in diesen Gebieten in russisch besiedelten Städten ausbrechenden Revolution kaum an. Die jakutischen und burjätischen Nationalbewegungen artikulierten sich aber mit Versammlungen und Publikationen. Anfang 1906 erhob ein Kongress von 400 jakutischen Delegierten radikale politische und soziale Forderungen.

Bei der Niederschlagung der Revolution waren die zaristischen Behörden in den Peripherien des Reiches noch repressiver als in den russischen Gebieten. Die

Strafexpeditionen im Baltikum forderten 2'000 Menschenleben. Von den im Zuge der Konterrevolution ausgesprochenen Todesurteilen entfielen rund 25% auf Russisch-Polen, über 15% auf das Baltikum und über 5% auf das kleine Gurien.

Scheinkonstitutionalismus und Repression mit Vorbildwirkung

Die zaristische Regierung reagierte auf die Proteste und Aufstände nicht nur mit Repression, sondern auch mit vagen Versprechungen. Im August 1905 erschien eine Proklamation des Zaren über die Schaffung einer rein beratenden Reichsvertretung, was die liberale Opposition enttäuschte und auch zu einer neuen Streikwelle führte. Am 17. Oktober kündigte Nikolaus II. dann im sogenannten Oktobermanifest die Einführung von Meinungs-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit sowie neben dem vom Zaren ernannten Staatsrat die Einrichtung einer gewählten zweiten Kammer (Staatsduma) an. Gleichzeitig wurde der Emser Erlass von 1878 aufgehoben, der die öffentliche Verwendung der (als «kleinrussischer Dialekt» bezeichneten) ukrainischen Sprache und Publikationen auf Ukrainisch verboten hatte. Das Wahlgesetz vom Dezember 1905 sah eine indirekte Wahl nach sehr ungleichem Wahlrecht vor. Männer unter 25, Frauen, Arbeiter mittlerer und kleinerer Betriebe, Studenten, Dienstboten, landlose Bauern und Soldaten blieben vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die Stimme eines Grundbesitzers wog so viel wie die Stimmen von 2 Stadtbewohnern, 15 Bauern oder 45 Arbeitern.

Das Oktobermanifest spaltete die Opposition. Einer Mehrheit, die sich in der neugegründeten liberalen Partei der Konstitutionellen Demokraten («Kadetten») oder den verschiedenen sozialistischen Parteien organisierte, gingen die angekün-

digten Reformen zu wenig weit. Die Liberalen lösten sich indessen aus der revolutionären Front, um ihren Kampf ins versprochene Parlament zu verlegen. Es entstand aber auch die vor allem von Grossgrundbesitzern und Grossindustriellen getragene Partei der Konstitutionellen Monarchisten («Oktobristen»), die sich hinter das neue System stellten.

Die ersten Duma-Wahlen fanden im Frühjahr 1906 statt. Trotz des ungleichen Wahlrechts, aufgrund dessen die meisten sozialistischen Gruppierungen die Wahl boykottierten, wurden die liberalen Kadetten und die bäuerlich-demokratisch-agrarsozialistischen Trudoviki klare Sieger. Hinzu kam eine grosse Zahl von zarismus-skeptischen Abgeordneten der nichtrussischen Nationalitäten. Noch vor dem ersten Zusammentritt der Duma erliess die Regierung die «Staatsgrundgesetze des Russländischen Kaiserreiches», die den Zaren als «Oberste Selbstherrschende Gewalt» bezeichneten und die Kompetenzen des Zweikammerparlaments stark beschnitten. Über wichtige Entscheidungen wie den Militär- und Hofetat sollte nicht abgestimmt werden, der Zar besass das Vetorecht gegen alle Parlamentsentscheidungen und konnte die Duma auch jederzeit auflösen. Ausserdem behielt er das Recht zur Kriegserklärung, setzte weiterhin die Minister nach eigenem Gutdünken ein und ab und kontrollierte immer noch die Russisch-Orthodoxe Kirche als ideologische Basis des Regimes. Der berühmte liberale Soziologe Max Weber kritisierte dieses System im Sommer 1906 als «Scheinkonstitutionalismus».

Als die Duma im Frühjahr 1906 ein vom Zaren abgelehntes Agrarreformprogramm in Angriff nahm, wurde sie schon nach 72 Tagen wieder aufgelöst. Geplante

Protestversammlungen der Abgeordneten und Anhänger der Mehrheitsfraktionen konnten nicht stattfinden, da das Parlamentsgebäude und das Parteilokal der Kadetten von Polizei und Militär umstellt wurden. Kadetten und Trudoviki protestierten daraufhin schriftlich in Form des Vyborger Manifests. Gegen dessen Unterzeichner wurden Strafverfahren eingeleitet. Die meisten wurden zu Haftstrafen verurteilt und durften für die folgenden Wahlen nicht mehr kandidieren.



Das Parteiblatt der Sozialrevolutionäre 1907 zwischen Auflösung und manipulierter Neuwahl der Duma (SozArch KS 335/275b-2)

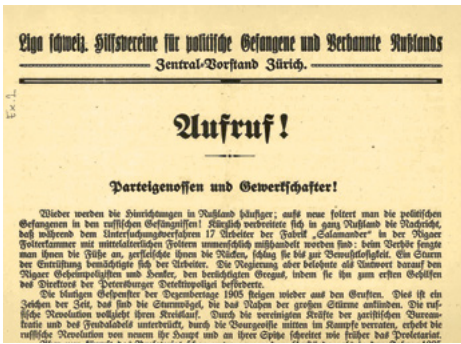


Baltdeutsches Spottgedicht über die Machtlosigkeit der Staatsduma von 1906 (SozArch KS 32/46-Z1)

Aus den zweiten Duma-Wahlen Anfang 1907 gingen die sozialistischen und bäuerlich-demokratischen Kräfte als klare Sieger hervor und auch die Kadetten blieben stark. Da die neue Duma in noch stärkerer Opposition zur Regierung stand als

die alte und weiterhin auf einer Agrarreform beharrte, wurde sie bereits im Sommer 1907 abermals aufgelöst. Zudem setzte der Zar per Dekret eine Änderung des Wahlrechts durch, das nun Städter, Bauern und die nichtrussischen Nationalitäten gegenüber dem russischen Adel und Grossbürgertum noch stärker benachteiligte. Die Neuwahl im Herbst 1907 sowie die folgenden, letzten Duma-Wahlen von 1912 ergaben dadurch die von der Regierung gewünschte Mehrheit von konservativen Oktobristen, Nationalisten und Rechtsextrremen. Letztere hatten sich als pro-zaristische, antisemitische, ultranationalistische und profaschistische Gruppierungen ab 1905 in Ablehnung der Revolution organisiert und rasch bedeutende Mitgliederzahlen erlangt.

Mit der Unterdrückung eigenständiger parlamentarischer Regungen durch den Regierungsapparat und anschließenden Manipulation der Wahlen zur Herbeiführung regierungsfreundlicher Mehrheiten bei gleichzeitiger Unterdrückung antiimperialer Kräfte wurde Zar Nikolaus II. stilbildend für die Restabilisierung autoritärer und imperialer Herrschaft russländischer Machthaber ganz unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung in Umbruch-



Solidaritätsaufruf der «Liga Schweiz. Hilfsvereine für politische Gefangene und Verbannte Russlands» während der neuerlichen Repressionswelle von 1907 (SozArch KS 32/46-Z1)

situationen. Im November 1917 fanden wenige Wochen nach der putschartigen Machtübernahme des bolschewistischen «Rats der Volkskommissare» in der Oktoberrevolution die noch von der vorangegangenen, aus der Februarrevolution hervorgegangenen Provisorischen Regierung anberaumten Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht statt. Dabei gingen rund 90% der Stimmen an sozialistische Parteien. Lenins Bolschewiki errangen aber nur ein Viertel der Mandate, während die Partei der Sozialrevolutionäre die absolute Mehrheit gewann. Nachdem die bolschewistische Regierung bereits vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung Anfang Januar 1918 die Partei der Kadetten, die etwa 2 Millionen Stimmen erhalten hatte, als «Volksfeinde» verboten und für den Tag der Parlamentseröffnung 7'000 pro-bolschewistische Matrosen in Gefechtsbereitschaft versetzt hatte, verweigerte sie am zweiten Sitzungstag den Abgeordneten den Zutritt zum Parlamentsgebäude und löste die Nationalversammlung per Dekret auf. Nach Auffassung Trozki's hatte damit «der Klassenkampf [...]

durch einen Ansturm von innenheraus die formalen Rahmen der Demokratie gesprengt».

Stattdessen tagte Mitte Januar 1918 der dritte Allrussische Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, bei dessen Wahl die städtischen Hochburgen der Bolschewiki stark bevorzugt worden waren. Er bestimmte das Rätensystem als definitive Staatsform. Schon im Sommer 1918 waren die als «konterrevolutionär» stigmatisierten gemässigt sozialistischen Parteien in den Räten nicht mehr vertreten und auch die nichtbolschewistischen linkssozialistischen Kräfte wurden immer spärlicher. Die Zerschlagung der Nationalversammlung mündete in den vierjährigen Bürgerkrieg zwischen bolschewistischen «Roten» und zaristisch dominierten «Weissen», auf deren Seite die letzteren auf der Nationalversammlung beruhenden Strukturen im November 1918 durch einen Putsch rechtsgerichteter Offiziere beseitigt wurden. Ebenso eroberte die Rote Armee, obschon die bolschewistische Regierung unmittelbar nach der Oktoberrevolution das Selbstbestimmungsrecht der «Völker Russlands» (inklusive des Rechts auf Eigenstaatlichkeit) proklamiert hatte, die unabhängig gewordenen Staaten Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien und Ukraine mit ihrem parlamentarisch-demokratischen Charakter zurück und bolschewisierte sie, ebenso wie eine anarchistische Föderation selbstverwalteter Kommunen, die zeitweise weite Teile der Süd- und Ostukraine umfasste. Die letzten Parteistrukturen nichtbolschewistischer Kräfte wurden bis 1922 zerschlagen und die mit 99,9%-Ergebnissen gewählten Räte als pseudodemokratische Fassade der kommunistischen Parteidiktatur bis in die 1980er Jahre reine Akklamationsorgane.

Erst als Folge der Reformpolitik Michail Gorbatschov fanden in der Sowjetunion ab 1989 halbwegs freie Wahlen statt. Der im März 1990 gewählte Volksdeputiertenkongress der Russländischen Föderation blieb dabei über die Auflösung der Sowjetunion hinaus im Amt. 1993 kam es aber zu einem Konflikt zwischen diesem Parlament und Präsident Boris El'zin über den wirtschaftspolitischen Kurs und den Erlass einer neuen Verfassung. Der Präsident löste daraufhin, bewusst oder unbewusst dem Muster von 1906/07 und 1918 folgend, das Parlament durch ein (vom Verfassungsgericht für illegal erklärtes) Dekret auf und liess das Parlamentsgebäude, in dem die meisten Abgeordneten ausharrten, von der Armee beschossen. Bei diesen Vorgängen kamen gegen 200 Menschen ums Leben. In der Wahl des nun wieder Duma genannten Parlaments Ende 1993 gewannen die Gegner des Präsidenten erneut die Mehrheit. Die Regierung begann nun aber mit dem Aufbau kremlnaher Parteien und, verstärkt unter dem neuen Präsidenten Vladimir Putin ab 2000, mit der (teilweise auch physischen) Ausschaltung wirklich oppositioneller Kräfte und Manipulation der Wahlprozesse, so dass das Parlament, in dem ab 2007 stets die Regimepartei «Einiges Russland» die absolute Mehrheit innehatte und nur noch regierungsloyale Kräfte vertreten waren, in der als «gelenkte Demokratie» verschleierte Präsidialdiktatur als eigenständiger politischer Machtfaktor keine Rolle mehr spielte. Zugleich wurden Autonomiebestrebungen in Randgebieten wie Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan unterdrückt und setzte der hybride Krieg gegen demokratische oder sich demokratisierende ehemalige Sowjetrepubliken wie vor allem die Ukraine und Georgien, aber auch die baltischen Staaten und Moldawien ein.

Die Schweiz als Hub der versuchten Demokratisierung des Zarenreichs?

Die Bezüge der Schweiz zur Revolution von 1905 waren vielfältig und gingen weit über die eingangs zitierten Vergleiche mit den einheimischen Streikunruhen hinaus. Es lebten damals rund 8'000 Russlandschweizer:innen im Zarenreich (s. SozialarchivInfo 5/2018). Im Zuge der Modernisierungsbestrebungen hatte die zaristische Regierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gezielt Fachkräfte in Westeuropa rekrutiert. Aus der Schweiz waren dies etwa Käser:innen, Erzieher:innen, Kaufleute und Industrielle. Insbesondere in den Regionen um Moskau und St. Petersburg sowie in der Ukraine entstanden rund 300 schweizerische Firmen in der Maschinen-, Lebensmittel- und Textilindustrie. Viele Russlandschweizer:innen erlebten die revolutionären Unruhen von 1905 bis 1907 hautnah mit.

Umgekehrt gab es eine grosse Community aus dem Zarenreich in der Schweiz. Dazu zählten polnische Flüchtlinge des Aufstands von 1863, Angehörige der unter sich zerstrittenen Gruppierungen und Fraktionen der sozialistischen Opposition, sogenannte «Ostjuden», die auf der Flucht vor Diskriminierung und sporadischen Pogromen definitiv oder als Durchgangsstation zur Weiterreise in die USA in die Schweiz gekommen waren, sowie Studierende, die das liberale Klima und die Möglichkeit des Frauenstudiums in der Schweiz sowie der antisemitische Numerus clausus an den russländischen Universitäten zum Studium an Schweizer Hochschulen geführt hatte. Etwa ein Viertel der Studierenden und gar drei Viertel der Studentinnen in der Schweiz stammten zu jener Zeit aus dem Zarenreich, mindestens die Hälfte von ihnen war jüdisch und viele mit den Kreisen des politischen Exils



Ф. ШТУДЕРЪ, С.-ПЕТЕРБУРГЪ
Лѣсопильные и Фанерные Заводы.



F. STUDER, ST. PETERSBURG
Fournier- und Sägewerke.

Holzverarbeitungsfabrik des Russlandschweizers F. Studer in St. Petersburg, um 1900
[Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F 5119-Fc-001]

vernetzt. So entstand eine politisierte Bubble mit Zentren in Zürich, Bern und Genf, die mehrere Tausend Personen umfasste und von Spitzeln der zaristischen Geheimpolizei überwacht wurde, mit eigenen Diskussionszirkeln, Hilfsorganisationen, Bibliotheken und Druckereien.

Manche kehrten bei Ausbruch der revolutionären Unruhen in der Hoffnung auf Veränderungen ins Zarenreich zurück. Lenin, der seit 1903 in Genf lebte, ging Ende 1905 nach St. Petersburg, wo er aber nicht gross öffentlich in Erscheinung trat. Vera Zasulič, die 1878 ein missglücktes Attentat auf den wegen seiner besonderen Brutalität gegen aufständische Polen und politische Gefangene berüchtigten General Fjodor Trepov verübt hatte, dann in die Schweiz geflohen war, 1883 in Genf die erste russische marxistische Gruppe «Befreiung der Arbeit» mitgegründet hatte und ab 1903 die Menschewiki unterstützte,

reiste 1905 ebenfalls nach Russland, betätigte sich aber kaum noch politisch.

Eine Reihe ehemaliger Studentinnen von Schweizer Hochschulen spielten in der Revolution von 1905 eine aktive Rolle. Um nur wenige zu nennen: Rosa Luxemburg aus dem polnischen Zamość, die 1889 bis 1897 an der Universität Zürich studiert und mit einer Dissertation über die industrielle Entwicklung Polens doktoriert hatte, ging Ende 1905 unter falschem Namen mit ihrem aus Vilnius stammenden Partner Leo Jogiches, der 1890 bis 1900 im Exil in Genf und Zürich gelebt hatte, ins revolutionäre Warschau, wo sie im März 1906 verhaftet wurde. Die Erfahrung der Völkerrevolution verarbeitete sie 1908/09 in einer Artikelserie «Nationalitätenfrage und Autonomie». Vera Veličkina aus Moskau, die 1892 bis 1894 an den Universitäten Zürich und Bern Medizin und Naturwissenschaften studiert und dann 1902 bis 1905

als Mitarbeiterin verschiedener bolschewistischer Zeitschriften in Genf gelebt hatte, wurde 1905 in St. Petersburg verhaftet. Rosalija Hal'berstadt aus Ekaterinoslav (heute: Dnipro), die 1896 bis 1898 in Genf Medizin studiert hatte und dort mit dem Marxismus in Kontakt gekommen war, beteiligte sich als Menschewistin an der Revolution in St. Petersburg und Moskau. Aleksandra Kollontaj aus St. Petersburg, 1898 für kurze Zeit Hörerin der Nationalökonomie an der Universität Zürich, beteiligte sich am 9. Januar 1905 am Zug zum Winterpalast, war dann revolutionäre Agitatorin unter anderem in St. Petersburg, Litauen und Finnland und führte eine Kampagne zur Organisation sozialistischer Frauen. 1917 bis 1918 sollte sie in der bolschewistischen Regierung als weltweit erste Frau ein Ministeramt wahrnehmen. Anna Lifschitz aus Chelm studierte 1900/01 an der Universität Bern und war als Mitglied des «Bundes» während der Revolution und der Meuterei auf der Potemkin eine führende Persönlichkeit in Odessa, was ihr den Spitznamen «Mutter Gapon» eintrug. Sofia Bričkina aus Rostov am Don hatte 1902 bis 1904 in Bern studiert und war 1905/06 bolschewistische Aktivistin in Odessa und Moskau.

Lidija Kočetkova aus Samara studierte 1895 bis 1899 in Zürich und Bern Medizin und war 1901 bis 1916 verheiratet mit dem Arbeiterarzt Fritz Brupbacher, dessen Nachlass sich im Sozialarchiv befindet. Nach Tätigkeit als Ärztin in Russland war sie 1904 bis 1906 zur Weiterbildung in Hirnanatomie erneut an der Universität Zürich immatrikuliert. Zürich war damals international ein Zentrum der neurologischen Forschung dank des Arztes Constantin von Monakov, Sohn eines emigrierten Liberalen aus Vologda, der in den 1880er Jahren ein privates hirnanatomisches Labor mit umfangreicher Präparatesammlung sowie eine neurologische Poliklinik aufgebaut hatte und 1894 vom Regierungsrat gegen den Willen der Medizinischen Fakultät vom Privatdozenten zum Professor befördert wurde. Als Sozialrevolutionärin ging Kočetkova 1906 nach St. Petersburg und war dann, unterbrochen von mehrfachen Reisen nach Westeuropa zu Kuraufenthalten und Parteikonferenzen, Agitatorin in Atkarsk und Saratov. 1909 wurde sie verhaftet und ins Gouvernement Archangel'sk verbannt, wo Brupbacher sie 1910 und 1911 zweimal besuchte und sein bislang romantisches Bild vom «vorkapitalistischen» russischen Bauerntum revidierte. Im Gegensatz dazu

tomisches Labor mit umfangreicher Präparatesammlung sowie eine neurologische Poliklinik aufgebaut hatte und 1894 vom Regierungsrat gegen den Willen der Medizinischen Fakultät vom Privatdozenten zum Professor befördert wurde. Als Sozialrevolutionärin ging Kočetkova 1906 nach St. Petersburg und war dann, unterbrochen von mehrfachen Reisen nach Westeuropa zu Kuraufenthalten und Parteikonferenzen, Agitatorin in Atkarsk und Saratov. 1909 wurde sie verhaftet und ins Gouvernement Archangel'sk verbannt, wo Brupbacher sie 1910 und 1911 zweimal besuchte und sein bislang romantisches Bild vom «vorkapitalistischen» russischen Bauerntum revidierte. Im Gegensatz dazu



Die sozialrevolutionäre Ärztin Lidija Kočetkova um 1906 (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F Fa-0009-035)

entwickelte Kočetkova zunehmend anti-westliche Ressentiments und wurde dann im Ersten Weltkrieg zur fanatischen grossrussischen Nationalistin, worauf es zur Trennung von Brupbacher kam.

Trotzkis Freund Alexander Parvus hatte 1887 bis 1891 an der Universität Basel Wirtschaftswissenschaften studiert, ging 1905 nach St. Petersburg, wurde 1906 verhaftet, konnte aber auf dem Weg in die sibirische Verbannung flüchten und war 1917 dann eine wichtige Figur bei Lenins Rückkehr nach Russland. Der lettische Bauernpolitiker Kārlis Ulmanis, der 1902 bis 1903 am Eidgenössischen Polytechnikum Zürich Agronomie studiert hatte, wurde wegen Beteiligung an den revolutionären Ereignissen kurzzeitig inhaftiert und floh in die USA. Nach der Unabhängigkeit Lettlands war er dann als Vertreter des Lettischen Bauernverbandes mehrfach Ministerpräsident, errichtete 1934 in einem Staatsstreich ein autoritäres Regime und regierte diktatorisch bis zum sowjetischen Überfall auf die baltischen Staaten 1940 aufgrund des Hitler-Stalin-Pakts. Dann wurde er, obwohl angeblich im Besitz einer Ausreiseerlaubnis in die Schweiz, nach Turkmenistan deportiert und starb 1942 im Gefängnis. Sein Schicksal zeichnete den Leidensweg von über 100'000 Lett:innen vor, die von den neuen sowjetischen Machthabern in zwei Deportationswellen 1941 und 1949 nach Sibirien oder Kasachstan verschickt wurden.

Auch einen nachmals prominenten Schweizer zog es ins revolutionäre Geschehen im Zarenreich. Fritz Platten beteiligte sich 1906 an der Revolution in Riga, wurde verhaftet und kam ins Gefängnis. Nach achtmonatiger Haft gelang ihm die Flucht in die Schweiz, wo er als Sozialdemokrat und dann Kommunist wichtige politische

Ämter einnahm, 1916 als Bürge für Lenins Benutzung des Sozialarchivs fungierte und im Folgejahr eine wichtige Rolle bei der Organisation von Lenins Rückkehr nach Russland spielte (s. SozialarchivInfo 1/2016). 1919 gehörte er dem Gründungspräsidium der Kommunistischen Internationale an, 1923 emigrierte er in die Sowjetunion, wo er in den 1930er Jahren in den Strudel der stalinistischen Säuberungen geriet und 1942 im Gulag erschossen wurde.

Die schweizerische Öffentlichkeit nahm an den Ereignissen im Zarenreich lebhaften Anteil. In der Presse waren 1905 der russisch-japanische Krieg und die Revolution die dominierenden Ereignisse der Auslandsberichterstattung. Das Massaker am Blutsonntag stiess in den Schweizer Zeitungen unabhängig von deren politischer Ausrichtung auf Empörung. Ebenso wurde Ende Februar 1905 eine Klage der russländischen Gesandtschaft über die zarenkritische Berichterstattung der Schweizer Presse von den Zeitungen fast einhellig als Angriff auf die Pressefreiheit zurückgewiesen. Bei der ebenfalls breit beachteten Meuterei auf der Potemkin waren die Sympathien der Schweizer Presse dann geteilt. Das Oktobermanifest wurde von den sozialdemokratischen und auch vielen freisinnigen Blättern mit Skepsis aufgenommen.

Wenige Tage nach dem Blutsonntag organisierte die Arbeiterunion Zürich im Velodrom eine Protestversammlung mit Reden von Nationalrat Herman Greulich und Kantonsrat Paul Pflüger. Auch in Genf, Bern, Lausanne, Winterthur, Baden, Lugano und La Chaux-de-Fonds gab es Ende Januar oder Anfang Februar 1905 sozialdemokratische Kundgebungen. Im Februar und März veranstalteten viele

Arbeiterorganisationen Vortragsabende zu den Ereignissen im Zarenreich. Greulich hatte sich schon vor dem Blutsonntag im Zürcher Stadtparlament für das «Recht auf Selbstbestimmung des russischen Volkes» ausgesprochen. Ende Januar 1905 stellte Pflüger im selben Rat Antrag auf eine Sympathiebekundung für die Protestbewegung. Die bürgerlichen Fraktionen lehnten dieses Ansinnen trotz teilweiser inhaltlicher Übereinstimmung mit Pflügers Standpunkt als nicht opportune Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates ab. Der Aufruf der SP Schweiz zur Maidemonstration bezeichnete 1905 als das Jahr, «in welchem das Proletariat Russlands den Fuss auf den Zarismus, auf den Obergendarmen Europas, gesetzt hat und mit seinem Blute der internationalen Freiheit die Hauptgasse öffnet». Am ersten Jahrestag des Blutsonntags gab es 1906 Kundgebungen in Zürich, Bern, Genf, Basel, Lausanne, St. Gallen, Rorschach, Frauenfeld, Lugano und Davos, an denen sich Tausende beteiligten.

Ebenso veranstaltete ein sozialdemokratisch dominiertes «Hilfskomitee für die Opfer der russischen Revolution» eine Geldsammlung, was seitens der russländischen Gesandtschaft grosse Empörung hervorrief. Die in Genf ansässigen Menschewiki erliessen unter dem Titel «An die zivilisierte Welt» einen Spendenaufruf, welcher ausführte, am Blutsonntag habe «die Riesenhand des russischen Proletariates den absolutistischen Drachen an der Kehle erfasst»: «Der Kampf gegen den Zarismus, seine Vernichtung erscheint auch als Kampf gegen die wilde Barbarei [...]. Was der Absolutismus in Finnland und Kischinew begangen, begeht er fortwährend in Polen und Litauen, in Sibirien und im Kaukasus; er hat es im Grossen gethan, als ihm das Volk der Hauptstadt die Forde-

rungen von ganz Russland gestellt hat. [...] Heute weiss die ganze Welt, dass der Zarismus sich bemüht, mit Hülfe von Bajonetten sein Leben zu verlängern. Aber das Regime der Bajonette ist ein fortwährendes militärisches Abenteuerium, eine ewige Gefahr für den Weltfrieden.»

Die Verteilung der gesammelten Mittel stiess indessen aufgrund der Zersplitterung der sozialistischen Kräfte des Zarenreichs entlang nationaler und ideologischer Grenzen auf Probleme. Der Nachlass von Herman Greulich im Sozialarchiv enthält ein Schreiben Greulichs an die Geschäftsleitung der SP Schweiz und das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vom 31. Januar 1905, in welchem der Arbeitersekretär klagte: «Wegen der Verteilung der für die russischen Revolutionäre gesammelten Gelder bin ich in den letzten Tagen arg bestürmt worden. Nach aussen herrscht die Meinung, es gebe nur eine russische sozialdemokratische Partei. Leider ist das nicht so. Es gibt nicht nur Organisationen, die einen lokalen und nationalen Charakter tragen: Der jüdische Arbeiterbund. Die polnische sozialdem. Partei. Die lettische sozialdem. Partei, sondern es existiert noch eine selbständige Vereinigung: Die revolutionären Sozialisten. Damit aber noch nicht genug. Neben der Sozialdemokratischen Partei mit Axelrod, Plechanow und Vera Sassulitsch, gibt es noch eine zweite, mit dem 'Vperiod' unter Lenin in Genf an der Spitze, welche behauptet, die Mehrheit und den grössten Anhang in Russland zu haben. Auch sie beansprucht Anteil an der Sammlung. Diese arge Zersplitterung ist ein Unglück in der ganzen Situation, sie verursacht unnütze Opfer an Menschenleben und verhindert ein planmässiges Vorgehen. Sie setzt auch uns in grosse Verlegenheit.»

Die Revolution forderte auch ein Todesopfer auf Schweizer Boden. Am 1. September 1906 erschoss die Medizinstudentin Tat'jana Leont'eva im Speisesaal des noblen Grandhotel Jungfrau in Interlaken den französischen Geschäftsmann Charles Müller. Dabei handelte es sich um eine Verwechslung. Leont'eva, die 1905 Augenzeugin der Ereignisse des Blutsonntags gewesen und Mitglied der terroristischen «Kampforganisation» der Sozialrevolutionären Partei geworden war, hielt ihr Opfer für den zaristischen Innenminister Pëtr Durnovo, einer zentralen Person bei der Repression gegen die revolutionären Bewegungen Ende 1905 und Förderer der rechtsextremen, antisemitischen, polen- und ukrainefeindlichen «Schwarzen Hundertschaften». Im Mordprozess von 1907 wurde Leont'eva zwar schuldig gesprochen, ihre Strafe beschränkte sich aber wegen verminderter Zurechnungsfähigkeit und mildernden Umständen auf nur vier Jahre Zuchthaus.

Massenstreiks und Kampflieder

Die verschiedenen Massenstreiks während der Revolution im Zarenreich liessen in der internationalen Arbeiter:innenbewegung die Debatten über Sinn und Unsinn des politischen Generalstreiks wieder aufflammen. Das Mittel des Generalstreiks war bereits im 19. Jahrhundert diskutiert und auch angewandt worden. 1868 bezeichnete die Erste Internationale den Generalstreik als geeignetes Mittel zur Verhinderung künftiger Kriege – eine Idee, die dann auch in der Zweiten Internationale wieder auftauchte (s. Sozialarchiv-Info 2/2024). 1893 fand in Belgien ein Generalstreik für die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts statt. Gewährt wurde schliesslich ein allgemeines, aber ungleiches Wahlrecht. Ein neuerlicher belgischer Generalstreik für

das gleiche Wahlrecht wurde 1902 von Polizei und Militär unterdrückt.

In den theoretischen Debatten des ausgehenden 19. Jahrhunderts fanden sich zur Massenstreikfrage grob drei Positionen: Marxistische Sozialdemokrat:innen sahen in ihm ein Abwehrmittel, für reformerische Syndikalist:innen war er sowohl Abwehrmittel als auch Mittel zur Durchsetzung noch nicht erreichter Rechte und die Anarchist:innen propagierten ihn als direkten Angriff auf den Klassenstaat und Beginn der sozialen Revolution. Die Zweite Internationale, in der sich vor allem französische Sozialist:innen für den Massenstreik stark machten, lehnte auf ihren Kongressen von 1896 und 1900 internationale Generalstreiks als Kampfmittel ab. Auf dem Kongress von 1904 erfolgte dann die Anerkennung des Massenstreiks als das «äusserste Mittel, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen».

Während und nach der Revolution von 1905 setzte namentlich in der deutschen Sozialdemokratie eine intensive Massenstreikdebatte ein. Auf dem Parteitag vom September 1905 rief Rosa Luxemburg als Befürworterin politischer Massenstreiks aus: «Wir sehen die russische Revolution, und wir wären Esel, wenn wir daraus nichts lernten.» Das Parteizentrum um August Bebel befürwortete den Massenstreik nur «im Notfalle» und setzte sich bei den Delegierten mit dieser Position durch. Im Jahr darauf warnte Karl Kautsky vor einer Parallelisierung Deutschlands und Russlands und sah im politischen Massenstreik in Russland gleichsam ein Naturereignis, das auf die politische und wirtschaftliche Rückständigkeit des Zarenreiches zurück-

zuführen sei. Demgegenüber übte Rosa Luxemburg in einer Broschüre mit dem Titel «Massenstreik, Partei und Gewerkschaften» Kritik an SPD und Gewerkschaften: «Eine konsequente, entschlossene, vorwärtsstrebende Taktik der Sozialdemokratie ruft in der Masse das Gefühl der Sicherheit, des Selbstvertrauens und der Kampflust hervor; eine schwankende, schwächliche, auf der Unterschätzung des Proletariats basierte Taktik wirkt auf die Masse lähmend und verwirrend. Im ersten Falle brechen Massenstreiks 'von selbst' und immer 'rechtzeitig' aus, im zweiten bleiben mitunter direkte Aufforderungen der Leitung zum Massenstreik erfolglos. Und für beides liefert die russische Revolution sprechende Beispiele.» Das russländische Beispiel habe gezeigt, dass sogar ein wenig organisiertes Proletariat jahrelange Kämpfe auszufechten im Stande sei, während die wohlorganisierte deutsche Arbeiter:innenschaft nur sporadisch in Streiks in Erscheinung trete.

Auch in der Schweiz, wo es bereits 1902 im Anschluss an einen Arbeitskampf der Tramangestellten einen lokalen Generalstreik in Genf gegeben hatte, entspann sich eine ähnliche Diskussion. Es war vor allem der spätere Landesstreikführer Robert Grimm, der den Generalstreik als Mittel zur Systemveränderung befürwortete, wenn auch nur in Ergänzung zum Parlamentarismus und als Krönung der bisherigen Mittel und Methoden des Klassenkampfes. In einem 1906 gehaltenen Vortrag, der in der Folge auch als Broschüre verbreitet wurde, befürwortete er die Möglichkeit, durch einen Massenstreik die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und der Arbeiterklasse zur Macht zu verhelfen. Die schweizerischen Gewerkschaften standen der Generalstreikidee zunächst indessen wie ihre deutschen

Schwesterorganisationen sehr skeptisch gegenüber, dennoch gab es in den folgenden Jahren eine Reihe lokaler Generalstreiks, so 1912 in Zürich (s. Sozialarchiv-Info 4/2017).

Zu einer praktischen Anwendung, die direkt von den Ereignissen im Zarenreich beeinflusst war, kam es in der cisleithanischen (österreichischen) Reichshälfte der Donaumonarchie. Dort fanden Anfang November 1905 in zahlreichen Städten Strassenkundgebungen statt, die in Wien und Prag zu blutigen Zusammenstößen mit der Staatsgewalt führten. Zugleich weitete sich eine zunächst lokale Protestaktion der Eisenbahnarbeiter, die sich an den Eisenbahnerstreiks im Zarenreich orientierte, immer mehr aus und brachte die Regierung in arge Bedrängnis. Ab dem 26. Oktober übten die Eisenbahner in Nordböhmen «passive Resistenz», die darin bestand, die bestehenden Vorschriften peinlich genau zu beachten. Aufgrund des reglementarischen Gestrüpps im k. k. Eisenbahnwesen führte dies zu einem Kollaps des öffentlichen Verkehrs, ohne dass den Arbeitern irgendein Vorwurf wegen Dienstverletzung gemacht werden konnte.

Die sozialdemokratische Eisenbahnergewerkschaft stand der Aktion zunächst eher skeptisch gegenüber, übernahm aber Anfang November die Führung der Protestbewegung und hielt am 5. November in Prag eine Vertrauensmännerkonferenz ab, die dem Eisenbahnministerium einen Forderungskatalog mit folgenden Punkten übermittelte: 20 bis 30 % mehr Lohn, Mitspracherecht des Personals, Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts. Bereits 1894 hatte der sozialdemokratische Parteitag unter Androhung eines Generalstreiks die Ausweitung des auf eine

schmale Schicht von Vermögenden beschränkten Wahlrechts gefordert. 1896 kam es zu einer Wahlrechtsreform mit Einrichtung einer fünften «Wählerkurie» für alle über 24 Jahre alten männlichen Staatsbürger, die jedoch nur 72 der 425 Parlamentsmandate wählen durften. Der Rest blieb den aristokratischen und bürgerlichen Eliten vorbehalten.

Vor diesem Hintergrund weiteten sich die Protestaktionen Ende 1905 in rasantem Tempo aus. Am 4. November erfassten sie bereits ganz Böhmen, am 6. November Salzburg und Oberösterreich, am 8. November Wien und am folgenden Tag ganz Cisleithanien. Insgesamt beteiligten sich am Protest etwa 25'000 Arbeiter:innen. Nach wenigen Tagen trat die Regierung mit den Gewerkschaften in Verhandlungen. Eine Übereinkunft am 12. November brachte den Eisenbahnern verschiedene Verbesserungen. Verklausuliert versprach die Regierung auch, dem Parlament eine Wahlreformvorlage zu unterbreiten. Als am 28. November 1905 das Parlament wieder zusammentrat, streikte in den österreichischen Städten der grösste Teil der Arbeiter:innen. In Wien zog eine Viertelmillion Menschen in wohlgeordneten Achterreihen fünf Stunden lang über die Ringstrasse schweigend am Parlamentsgebäude vorbei. In Prag demonstrierten am selben Tag 150'000 Menschen. Die Führung der tschechischen Sozialdemokratie erwog die Ausrufung eines Generalstreiks, wurde von der Gesamtparteileitung aber vorerst zurückgepiffen.

Die Regierung legte in der Folge einen Gesetzesentwurf für die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts vor. Konservative und liberale Wahlreformgegner betrieben aber eine Obstruktionspolitik und versuchten die Reform mit Debatten um

minimale Differenzen endlos hinauszuzögern. Teilweise handelte es sich dabei um einen Schacher um Wahlkreise, es war aber auch das offensichtliche Ziel vieler Abgeordneter, durch Verkomplizierung der Verhandlungen und Ausnützung des deutsch-tschechischen Gegensatzes die Reform scheitern zu lassen. Obwohl der parlamentarische Wahlreformausschuss im Mai 1906 einen ausgereiften Gesetzesentwurf zugewiesen erhielt, legte er erst im November nach 63 Sitzungen einen Bericht vor.

Angesichts dieser Verschleppungstaktik drohte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erneut mit Massenprotesten. Als im Juni 1906 eine sinnvolle Weiterarbeit im Wahlreformausschuss nicht mehr möglich schien, rüstete die Parteileitung zu einem Massenstreik, der zunächst drei Tage lang in Wien durchgeführt, dann wenn nötig in Böhmen fortgesetzt und schliesslich auf die ganze österreichische Reichshälfte ausgedehnt werden sollte. Unter dem Eindruck dieser Drohung beschleunigte der Reformausschuss seine Beratungen und fand schliesslich doch einen Konsens. In den ersten Wahlen nach dem allgemeinen und gleichen Männerwahlrecht im Mai 1907, an denen von den nun 5,5 Millionen Wahlberechtigten 84 % teilnahmen, wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei mit 87 der total 516 Sitze zur stärksten Fraktion. Allerdings galt das allgemeine Männerwahlrecht nur in der österreichischen Reichshälfte, nicht aber für den ungarischen Reichsteil, der über ein eigenes Parlament verfügte. Hier war das Wahlrecht weiterhin an eine sehr hohe Steuerleistung geknüpft, so dass lediglich etwa sechs Prozent der Bevölkerung wählen durften. Zudem galt auch in der österreichischen Reichshälfte für die Landtage und Gemeindeparlamente bis zum Ende der

Habsburgermonarchie 1918 das ungleiche Kurienwahlrecht.

Neben der Massenstreikdebatte hatte die Revolution von 1905 auch musikalische Auswirkungen auf die westlichen Arbeiter:innenbewegungen. Das in den 1890er Jahren von Leonid Radin in einem Moskauer Gefängnis gedichtete und zunächst vor allem von politischen Gefangenen in Sibirien gesungene «Smelo, tovarišči, v nogu!» wurde 1905 und erneut 1917 zur Revolutionshymne und dann 1920 vom deutschen Dirigenten Hermann Scherchen, der es in Kriegsgefangenschaft in Russland kennengelernt hatte, als «Brüder, zur Sonne, zur Freiheit» ins Deutsche übersetzt und in den deutschsprachigen Arbeiter:innenorganisationen rasch so populär, dass sich auch die Nazis die Melodie anzueignen versuchten. Scherchen wurde nach dem Zweiten Weltkrieg musikalischer Leiter und Dirigent des Deutschschweizer Radioorchesters und gründete den Zürcher Musikverlag «Ars viva». Das vom sozialistischen Poeten Wactaw Święcicki 1879 in Gefängnishaft mit Referenz auf ein patriotisches Lied aus dem Aufstand von 1831 gedichtete polnische Freiheitslied «Warszawianka» war während der Revolution von 1905 in Russisch-Polen sehr populär und verbreitete sich von da aus ins Zarenreich wie auch nach Mittel- und Westeuropa. Unter dem Titel «A las Barricadas» war es im Spanischen Bürgerkrieg die anarchistische Hymne, unter dem Titel «Ánemoi thielles» das Lied des antifaschistischen Widerstands in Griechenland während des Zweiten Weltkriegs.

Von der Revolution ins Schweizer Exil

Wie nach den europäischen Revolutionswellen von 1830 und 1848, dem polnischen Aufstand von 1863 oder dem Pariser Commune-Aufstand von 1871 flüchteten

auch nach 1905 wieder zahlreiche geschlagene Rebell:innen in die Schweiz (s. SozialarchivInfo 2/2021 und 2/2023). In Genf gab es 1906 eine Versammlung von 600 revolutionären Emigrant:innen, worauf die Behörden vier Ausweisungen vornahmen. Lenin floh im Januar 1907 vor dem zaristischen Sicherheitsapparat nach Helsinki und kehrte im folgenden Jahr nach Genf zurück. Im Januar 1917, kurz vor Ausbruch einer neuerlichen Revolution im Zarenreich, sollte er dann im Zürcher Volkshaus ein Referat über die Revolution von 1905 halten. Der im Zuge der Repression gegen die Revolutionär:innen zu lebenslanger Verbannung nach Sibirien verurteilte Trotzki floh 1907 aus dem Zarenreich und hielt sich 1914 in der Schweiz auf, wo er dem Vorstand des Arbeiterbildungs-Vereins Eintracht Zürich angehörte und Benutzer des Sozialarchivs war.

Auch Georgij Gapon hielt sich vorübergehend in der Schweiz auf. Nach dem Blutsonntag exkommunizierte er den Zaren und flüchtete ins Ausland, wo er in Genf und London Kontakt zu wichtigen Figuren des sozialistischen Exils aufnahm. Nach dem Oktobermanifest kehrte er nach Russland zurück. Nachdem er gegenüber einem Weggefährten, dem Sozialrevolutionär Pinchas Ruthenberg, bekannt hatte, ein Ochrana-Agent zu sein, wurde er 1906 von Angehörigen der «Kampforganisation» der Sozialrevolutionären Partei ermordet. Einer der drei Mörder war selbst ebenfalls ein Undercover-Agent der Ochrana.

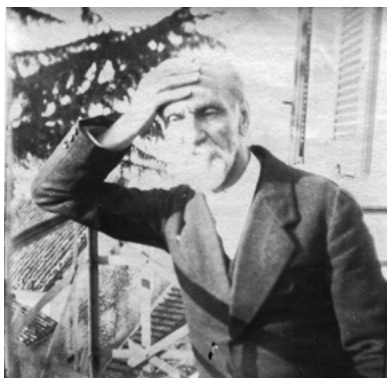
Verschiedene Flüchtlinge kamen aus dem Baltikum in die Schweiz. Der lettische Publizist Jānis Pliekšāns mit dem Pseudonym «Rainis» und seine Frau, die unter dem Pseudonym «Aspazija» schreibende Dichterin Elza Rozenberga, kamen 1905 ins Land und lebten dann bis 1920 in Castagnola, wo

Rainis ein literarisches Werk schuf, das die lettische Unabhängigkeitsbewegung stark beeinflusste, unter anderem die dramatische Ballade «Daugava» («Dünawind», 1916). Nach der Unabhängigkeit war er ab 1920 als Vertreter der Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Parlamentsmitglied und 1926 bis 1928 Bildungsminister. In Kontakt mit Rainis und Aspazija stand der lettische Bauernsohn und Sozialdemokrat Jānis Klava, der 1898/99 als Fabrikarbeiter und Student in Bern gewilt hatte, von den zaristischen Behörden mehrfach verhaftet und jahrelang nach Sibirien verbannt worden war. Er konnte Anfang 1905 nach Lettland zurückkehren, beteiligte sich dort wie sein Vater, dessen Bauernhaus 1906 von Kosaken niedergebrannt wurde, und sein Bruder an der Revolution und reiste Ende 1905 erneut in die Schweiz aus. Hier arbeitete er als Schriftsetzer und heiratete 1921 die Textilarbeiterin Anny Morf. In deren Nachlass im Sozialarchiv befinden sich zahlreiche Fotografien aus Klawas Zeit in Lettland und Sibirien sowie das Originalmanuskript der Memoiren seines Lebens bis 1905, die 1958 unter dem Titel «Der Rebell» erschienen.



Der lettische Revolutionär Jānis Klava 1906 nach seiner Flucht nach Bern (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch Ar 127.11)

Aus Estland kam der bürgerlich-nationalistische Jurist Konstantin Pāts, der 1905 stellvertretender Bürgermeister von Tallinn war, dann aus dem Zarenreich flüchtete und in Abwesenheit zum Tod verurteilt wurde. 1906 bis 1909 lebte er in der Schweiz, vor allem auf dem Gut Weissenstein bei Bern. 1918 war er an der Unabhängigkeitserklärung Estlands beteiligt und in der Folge Anführer des Bundes der Landwirte sowie mehrfacher Regierungschef. Nach einem Staatsstreich 1934 zur Verhinderung einer Machtübernahme des faschistischen «Bunds der Freiheitskämpfer» regierte er das Land autoritär. Die ab 1938 geplante Rückkehr zur Demokratie konnte aufgrund der sowjetischen Invasion von 1940 nicht mehr vollzogen werden. Pāts wurde (wie in der Zeit bis in die frühen 1950er Jahre über 30'000 seiner Landsleute) nach Osten deportiert, kam ohne Anklage und Verurteilung in verschiedene Gefängnisse, Zwangsarbeitslager und psychiatrische Kliniken und starb 1956 nach 16 Jahren Haft. Während seines Exils in der Schweiz stand Pāts im Austausch mit anderen Flüchtlingen



Der lettische Dichter Jānis Rainis 1918 im Exil in Castagnola (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F 5040-Fa-062)

aus dem Baltikum, beispielsweise dem estnischen Journalisten und Sozialdemokraten Mihkel Martna, der 1905 ebenfalls an der Revolution teilgenommen hatte und dann 1906 bis 1917 in der Schweiz lebte. Martna war 1907 Mitbegründer der Estnischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und spielte nach der Unabhängigkeit als Parlamentarier und Diplomat eine wichtige Rolle beim Aufbau des estnischen Staates.

1911 kam der polnische Neurologe Mieczyslaw Minkowski nach Zürich und wurde Assistenzarzt von Monakovs. Minkowski war 1905 als Medizinstudent von der Universität Warschau ausgeschlossen worden, weil er sich im Zuge der revolutionären Unruhen für die Wiedereinführung des Polnischen statt des 1870 aufgezwungenen Russischen als Unterrichtssprache eingesetzt hatte. Anschliessend setzte er seine Studien in München und Breslau fort. 1928 bis 1954 war er dann Direktor der Neurologischen Universitäts-Poliklinik und des Hirnanatomischen Instituts der Universität Zürich. Zugleich fungierte er ab 1925 als Präsident der Jüdischen Vereinigung Zürich.

Christian Koller

Material zum Thema im Sozialarchiv (Auswahl)

Archiv

- Ar 101.30.7 Brupbacher, Fritz (1874–1945): Briefe K–M
- Ar 127.10+11 Klawa-Morf, Anny (1894–1993): Janis (John) Klawa
- Ar 170.15.11 Greulich, Herman (1842–1925): Zweite Internationale 1904–1911
- Ar 198.7.2 Schweizer Kommunisten: M–Z
- Ar 198.43 Kirschbaum, Familie
- Ar 535 Publ 668 Russlandschweizer-Archiv RSA: Ordner mit Ausschnitten aus Schweizer Zeitungen zur Russischen Revolution 1905–1907

Sachdokumentation

- KS 32/46: 1+2 Russland bis 1917
- KS 331/257 Generalstreiks, Massenstreiks: Allg.
- KS 335/275+276 Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre bis 1917: Russland
- KS 335/442: 1+2 Anarchismus; politische Gefangene: Russland & Sowjetunion

Bibliothek

- Alapuro, Risto: State and Revolution in Finland. Leiden/Boston 2019, 143640
- Anweiler, Oskar: Die Rätebewegung in Russland 1905–1921. Leiden 1958, 24787
- Anweiler, Oskar: Die russische Revolution 1905–1921. 3. Aufl. Stuttgart 1971, 51693
- Ascher, Abraham: The Revolution of 1905. 2 Bde. Stanford 1988–1992, 86230
- Aust, Martin und Ludwig Steindorff (Hg.): Russland 1905: Perspektiven auf die erste Russische Revolution. Frankfurt 2007, 119081
- Aust, Martin: Die Russische Revolution: Vom Zarenreich zum Sowjetimperium. München 2017, 136523
- Baberowski, Jörg: Der sterbliche Gott: Macht und Herrschaft im Zarenreich. München 2024, 153417

- Baynac, Jacques: Les Socialistes Révolutionnaires de mars 1881 à mars 1917. Paris 1979, 67223
- Berberian, Hourii: Roving revolutionaries: Armenians and the connected revolutions in the Russian, Iranian, and Ottoman worlds. Oakland 2019, 146095
- Berger, Stefan und Klaus Weinbauer (Hg.): Rethinking revolutions from 1905 to 1934: Democracy, social justice and national liberation around the world. Cham 2023, 151034
- Bernstein, Eduard: Der politische Massenstreik und die politische Lage der Sozialdemokratie in Deutschland. Breslau 1905, Hf 5239:1–6
- Beuerle, Benjamin: Russlands Westen: Westorientierung und Reformgesetzgebung im ausgehenden Zarenreich 1905–1917. Wiesbaden 2016, 136507
- Buchner, Richard: Terror und Ideologie: Zur Eskalation der Gewalt im Leninismus und Stalinismus (1905 bis 1937/1941): Ausblick bis 2011. Leipzig 2011, 125801
- Collmer, Peter: Die Schweiz und das Russische Reich 1848–1919: Geschichte einer europäischen Verflechtung. Zürich 2004, 112710
- Crankshaw, Edward: Winterpalast: Russland auf dem Weg zur Revolution, 1825–1917. München 1978, 62126
- Derenkowski, G. M. et al.: Die Revolution 1905–1907 in Russland. Berlin (Ost) 1980, 68182
- Eichler, Joachim: Von Köln nach Mannheim: Die Debatten über Maifeier, Massenstreik und das Verhältnis der Freien Gewerkschaften zur deutschen Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterbewegung Deutschlands 1905/06: Zur Entstehung des Mannheimer Abkommens. Münster 1992, 95070
- Engelstein, Laura: Moscow, 1905: Working-class organization and political conflict. Stanford 1982, 83064
- Figes, Orlando: A people's tragedy: The Russian revolution 1891–1924. London 1997, 104470

- Fisch, Jörg: Europa zwischen Wachstum und Gleichheit 1850–1914. Stuttgart 2002, 111542
- Fischer, Alexander: Russische Sozialdemokratie und bewaffneter Aufstand im Jahre 1905. Wiesbaden 1967, 38208
- Frank, Ludwig: Die Russische Revolution: Vortrag gehalten am 3. Dezember 1905 im Saalbau zu Mannheim. Mannheim 1905, Hf 5250:1–4
- Gautschi, Willi: Lenin als Emigrant in der Schweiz. Zürich 1973, Hf 3521
- Geyer, Dietrich: Lenin in der russischen Sozialdemokratie: Die Arbeiterbewegung im Zarenreich als Organisationsproblem der revolutionären Intelligenz, 1890–1903. Köln 1962, 28334
- Geyer, Dietrich: Der russische Imperialismus: Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860–1914. Göttingen 1977, 61634
- Geyer, Dietrich: Kautskys russisches Dossier: Deutsche Sozialdemokraten als Treuhänder des russischen Parteivermögens 1910–1915. Frankfurt/New York 1981, 70641
- Goehrke, Carsten: Russland: Eine Strukturgeschichte. Zürich 2010, 122470
- Grassmann, Timm: Marx gegen Moskau: Zur Aussenpolitik der Arbeiterklasse. Stuttgart 2024, 153517
- Grimm, Robert: Der politische Massenstreik: Ein Vortrag. Basel 1906, B 148
- Grunenberg, Antonia (Hg.): Die Massenstreikdebatte. Frankfurt 1970, 42416
- Hasquenoph, Sophie: Les Français de Moscou et la Révolution russe (1900–1920): L'histoire d'une colonie étrangère à travers les sources religieuses. Ceyzérieu 2017, 137903
- Heller, Klaus: Revolutionärer Sozialismus und nationale Frage: Das Problem des Nationalismus bei russischen und jüdischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären im russischen Reich bis zur Revolution 1905–1907. Frankfurt/Bern 1977, 61470
- Hilbrenner, Anke: Gewalt als Sprache der Strasse: Terrorismus und die Suche nach emotionaler Gemeinschaft im Russischen Reich vor 1917. Stuttgart 2022, 150211
- Hildermeier, Manfred: Die russische Revolution 1905–1921. Frankfurt 1981, 87971
- Hildermeier, Manfred: The Russian Socialist Revolutionary Party before the First World War. Münster 2000, 106719
- Hildermeier, Manfred: Geschichte Russlands: Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution. München 2013, 127757
- Journal de la révolution russe. Hg. Société des Amis du Peuple russe. Paris 1905–1908, 12869
- Huser, Karin: Eine revolutionäre Ehe in Briefen: Die Sozialrevolutionärin Lidija Petrowna Kotschetkowa und der Anarchist Fritz Brupbacher. Zürich 2003, 112019
- Kappeler, Andreas und Max Lemmenmeier: Die Schweizer Öffentlichkeit und die russische Revolution von 1905–1907, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 21/3 (1973). S. 392–418, 335/275-1
- Kappeler, Andreas: Russland als Vielvölkerreich: Entstehung, Geschichte, Zerfall. 2. Aufl. München 2008, 109049
- Kautsky/Luxemburg/Mehring/Parvus/Trotsky: Auf dem Weg zur permanenten Revolution: Texte zur Russischen Revolution 1905. Berlin 2017, 144449
- Kennedy, Paul: The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000. New York 1987, 84442
- Klawa, John: Der Rebell: Das Leben eines lettischen Bauernsohnes. Aarau 1958, 36952
- Koller, Christian: «Die russische Revolution ist ein reines Kinderspiel gegenüber derjenigen in Albisrieden!»: Der Arbenzstreik von 1906 in mikro- und kulturhistorischer Perspektive, in: Historische Anthropologie 11 (2003). S. 370–396, D 5365
- Koller, Christian: Streikkultur: Performanzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860–1950). Münster/Wien 2009, 121626
- Koller, Christian: Die Rückkehr der Kosaken: Ordnungsdienstesätze bei Streiks vor und

- im Ersten Weltkrieg und die Schweizer Arbeiterbewegung, in: Olsansky, Michael (Hg.): Am Rande des Sturms: Das Schweizer Militär im Ersten Weltkrieg. Baden 2018. S. 241–258, 141525
- Koller, Christian: Räte auf drei Kontinenten – Die Ungarische Räterepublik als Teil einer transnationalen Bewegung?, in: ders. und Matthias Marschik (Hg.): Die ungarische Räterepublik 1919: Innenansichten – Aussenperspektiven – Folgewirkungen. Wien 2018. S. 47–68, 140123
 - Kollontai, Alexandra: Ich habe viele Leben gelebt... Köln 1980, 67527
 - Kusber, Jan: Krieg und Revolution in Russland 1904–1906: Das Militär im Verhältnis zu Wirtschaft, Autokratie und Gesellschaft. Stuttgart 1997, 101747
 - Lang, Karl: Kritiker, Ketzer, Kämpfer: Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher. 2. Aufl. Zürich 1983, 55736
 - Langner, P.: Der Massenstreik im Kampfe des Proletariats. Berlin 1931, 28872
 - Lee, Eric: The Experiment: Georgia's Forgotten Revolution 1918–1921. London 2017, 137413
 - Lenin, W. I.: Die Revolution von 1905–1907. Wien/Berlin 1932, Hf 8483
 - Lenin, W. I.: Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905–1907. Berlin (Ost) 1950, 18422
 - Leutenegger, Eliane und Slavica Sovilj: Der Stellenwert der Schweiz für die revolutionäre Emigration aus dem Zarenreich im internationalen Vergleich, in: Goehrke, Carsten und Werner G. Zimmermann (Hg.): «Zuflucht Schweiz»: Der Umgang mit Asylproblemen im 19. und 20. Jahrhundert. Zürich 1994. S. 459–504, 97808
 - Löwe, Heinz-Dietrich (Hg.): Volksaufstände in Russland: Von der Zeit der Wirren bis zur «Grünen Revolution» gegen die Sowjetherrschaft. Wiesbaden 2006, 116946
 - Luxemburg, Rosa: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. Leipzig 1919, Hf 7879
 - Luxemburg, Rosa: Internationalismus und Klassenkampf: Die polnischen Schriften. Hg. Jürgen Hentze. Neuwied 1971, 47470
 - Luxemburg, Rosa: Nationalitätenfrage und Autonomie. Hg. Holger Politt. Berlin 2012, erwartet
 - Martna, M.[ihkel]: Estland, die Esten und die estnische Frage. Olten o.J. [1919], 12092
 - Marzec, Wiktor: Die Revolution 1905 bis 1907 im Königreich Polen: Von der Arbeiterrevolte zur nationalen Reaktion, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte 15/3 (2016). S. 27–46, D 5633
 - Marzec, Wiktor: Rising subjects: The 1905 Revolution and the origins of modern Polish politics. Pittsburgh 2020, 148105
 - Marzec, Wiktor: Revolutionary Memory and the Genesis of the State: A Failed «Dress Rehearsal» and Changed Scripts in Polish Socialist Movements 1905–1920, in: Berger, Stefan und Christian Koller (Hg.): Memory and Social Movements in Modern and Contemporary History: Remembering Past Struggles and Resourcing Protest. Cham 2024. S. 107–133, 152525
 - Moritz, Verena und Hannes Leidinger: Die Russische Revolution. Wien 2011, 124591
 - Neumann, Daniela: Studentinnen aus dem Russischen Reich in der Schweiz (1867–1914). Zürich 1987, 84360
 - Pankratowa, A. M.: Die erste russische Revolution von 1905 bis 1907. Berlin (Ost) 1953, 24797
 - Pipes, Richard: Die Russische Revolution. 3 Bde. Berlin 1992–1993, 93783
 - Podolinsky, Sergej S. von: Russland vor der Revolution: Die agrarsoziale Lage und Reformen. Berlin (West) 1971, 43377
 - Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie: Sonderdruck der Verhandlungen auf dem Parteitage in Jena. Berlin 1906, Hf 5239:1–6
 - Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905. Berlin 1905, K 1166

- Rabinowitz, Sarah Sonja: Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in Russland bis zur grossen Revolution von 1905. Berlin 1914, Hf 3188
- Radczun, Günter: Es begann an einem Sonntag: Zur Revolution von 1905 bis 1907 in Russland. Berlin (Ost) 1974, 54127
- Rainis, J.: Dünawind: Volkslied in fünf Akten. Riga 1927, R 737
- Raviot, Jean-Robert: Le logiciel impérial russe. Paris 2024, 152559
- Les résonances de 1905. Paris 2007, 132853
- Rice, Christopher: Russian workers and the Socialist-Revolutionary Party through the revolution of 1905–07. Basingstoke 1988, 86018
- Roschke-Bugzel, Sabine: Die revolutionäre Bewegung in Iran 1905–1911: Sozialdemokratie und russischer Einfluss. Frankfurt/ Bern 1991, 91809
- Schenk, Frithjof Benjamin (Hg.): «Russland von ferne oder aus der Nähe ansehen ist immer noch zweierlei»: Das Zarenreich 1906 bis 1907 in den Briefen des Schweizer Hauslehrers Alfred Gysin. Basel 2021, 145736
- Schnell, Felix: Räume des Schreckens: Gewalt und Gruppenmilitanz in der Ukraine, 1905–1933. Hamburg 2012, 131694
- Schulze Wessel, Martin: Der Fluch des Imperiums: Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte. München 2023, 149770
- Schwarz, Solomon M.: The Russian revolution of 1905: The workers' movement and the formation of bolshevism and menshevism. Chicago/London 1967, 57317
- Seregny, Scott J.: Russian teachers and peasant revolution: The politics of education in 1905. Bloomington 1989, 87920
- Slang, F.: Panzerkreuzer Potemkin: Der Matrosenaufstand vor Odessa 1905: Nach authentischen Dokumenten. Berlin 1926, Hf 4292
- Smele, Jonathan D. und Anthony Heywood (Hg.): The Russian revolution of 1905: Centenary perspectives. London 2005, 117165
- Smith, Stephen: Revolution in Russland: Das Zarenreich in der Krise 1890–1928. Darmstadt 2017, 137106
- Sozialistische Revolution in einem unterentwickelten Land? Texte der Menschewiki zur russischen Revolution und zum Sowjetstaat aus den Jahren 1903 bis 1940. Hamburg 1981, 69735
- Steinberg, Mark D.: The Russian Revolution, 1905–1921. Oxford 2017, 135290
- Stern, Leo (Hg.): Die Auswirkungen der Ersten Russischen Revolution von 1905–1907 auf Deutschland. 2 Bde. Berlin (Ost) 1955–1956, 21335
- Surh, Gerald D.: 1905 in St. Petersburg: Labor, society, and revolution. Stanford 1989, 92245
- Swertschkoff, D.: Im Morgenrot der Revolution: Erinnerungen eines Revolutionärs aus dem Jahre 1905. Berlin-Schöneberg 1925, 87825
- Thomann, Rainer und Anita Friedetzky: Aufstieg und Fall der Arbeitermacht in Russland. Berlin 2017, 137766
- Tissier, Michel: L'empire russe en révolutions: Du tsarisme à l'URSS. Malakoff 2019, 143509
- Tobias, Henry J.: The Jewish bund in Russia: From its origins to 1905. Stanford 1972, 49618
- Trotzki, L.: Die Russische Revolution 1905. Berlin 1923, B 327
- Trotzki, Leo: Ergebnisse und Perspektiven: Die treibenden Kräfte der Revolution. Frankfurt 1967, 37639
- Trotzky, N.: Russland in der Revolution. Dresden 1909, 3424
- Tscherewanin, A.: Das Proletariat und die russische Revolution. Stuttgart 1908, 3409
- Ulam, Adam B.: Russlands gescheiterte Revolutionen: Von den Dekabristen bis zu den Dissidenten. München 1985, 78529
- Weber, Max: Zur russischen Revolution von 1905: Schriften und Reden 1905–1912. Hg. Wolfgang J. Mommsen. Tübingen 1989, 90141:I/10
- Weinberg, Robert und Laurie Bernstein: Revolutionary Russia: A history in documents. New York 2011, Gr 12829

- Weishaupt, Bernhard: Lidija Petrovna Kočetkova: Arbeit und Leben einer russischen Sozialrevolutionärin in den Jahren 1905–1909 nach den Briefen an ihren Mann Fritz Brupbacher. Lizentiatsarbeit Univ. Zürich 1991, Gr 11111.
- Woytinsky, Wladimir: Der erste Sturm: Erinnerungen aus der russischen Revolution 1905. Berlin 1931, 48678
- Wunderer, Hartmann: Die russische Revolution. Stuttgart 2014, 131069
- Zimmerman, Joshua D.: Poles, Jews, and the Politics of Nationality: The Bund and the Polish Socialist Party in Late Czarist Russia, 1892–1914. Madison 2003, erwartet

Werden Sie Mitglied des Vereins Schweizerisches Sozialarchiv

Das Schweizerische Sozialarchiv wird seit seiner Gründung im Jahr 1906 von einem breit abgestützten Verein getragen.

«Der Verein verfolgt die Aufgabe, Forschung, Bildung, Ausbildung und Information auf sozialem und politischem Gebiet durch Literatursammlung, Dokumentation und archivische Überlieferungsbildung sowie auf andere zweckdienliche Weise zu fördern. Er macht seine Sammlungen öffentlich zugänglich.» (Statuten, § 2)

Mit einer Mitgliedschaft unterstützen Sie das Sozialarchiv ideell und finanziell. Der Jahresbeitrag beträgt CHF 30.– für Einzelmitglieder und CHF 100.– für Kollektivmitglieder.

Als Mitglied erhalten Sie eine persönliche Einladung zu unseren Veranstaltungen sowie das 4× jährlich erscheinende «SozialarchivInfo» per Post zugeschickt.

Anmeldung für eine Mitgliedschaft: kontakt@sozialarchiv.ch

Das Schweizerische Sozialarchiv ist in der Schweiz die erste Adresse für alle, die sich mit dem gesellschaftlichen Wandel und den sozialen Bewegungen vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart befassen. In den Abteilungen Bibliothek, Archiv und Dokumentation werden unterschiedlichste Arten von Dokumenten gesammelt, erschlossen, zugänglich gemacht und als Beitrag zum kulturellen Gedächtnis der Schweiz sicher aufbewahrt.

Schweizerisches Sozialarchiv
Stadelhoferstrasse 12
8001 Zürich

Verwaltung: +41 (0)43 268 87 40
Ausleihschalter: +41 (0)43 268 87 50

kontakt@sozialarchiv.ch
sozialarchiv.ch